

Seit die Zeitgeschichte die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts als Forschungsfeld erschlossen hat, steht sie mehr denn je vor der Herausforderung, wie sie mit den Deutungsangeboten der Sozialwissenschaften umgehen soll. Bloße Adaption oder selbstbewusste Behauptung und damit Beharrung auf den spezifischen Regeln, die der Zeitgeschichte eigen sind? Rüdiger Graf und Kim Priemel, Protagonisten einer gegenwartsnahen Zeitgeschichte, stellen sich diesen Fragen. Sie kritisieren (und illustrieren) die unbekümmerte Entlehnung sozialwissenschaftlicher Theorien und Methoden, plädieren aber gleichzeitig dafür, das eigene Methodenarsenal zu erweitern – durch die reflektierte behutsame Nutzung der Nachbardisziplinen, deren Begriffe und Methoden historisiert, kontextualisiert und mit der genuinen Herangehensweise der Zeitgeschichte verbunden werden müssen.

Rüdiger Graf/Kim Christian Priemel

Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften

Legitimität und Originalität einer Disziplin

1. Einleitung

In theoretischen Reflexionen zur Identität des Fachs wie auch in Einführungen für Studierende wird die Zeitgeschichte gemeinhin als Teildisziplin in Abgrenzung zum Studium früherer Epochen der Geschichte definiert. Dabei werden – mit verschiedenen Schwerpunktsetzungen – zumeist die folgenden Aspekte angeführt: Erstens sind die Geschichten, die Zeithistorikerinnen und Zeithistoriker behandeln, oft nicht abgeschlossen und damit revisionsanfälliger als Schilderungen weiter zurückliegender Prozesse. Zweitens impliziert die Tatsache, dass Zeithistoriker oft Zeitzeugen sind, nicht nur den Vorteil genauer Kenntnis des Untersuchungsgegenstandes, sondern ebenso die Probleme der Parteilichkeit oder zumindest einer biographisch beeinflussten, mithin verengten Perspektive. Drittens steht die Beschäftigung mit der unmittelbaren Vergangenheit vor besonderen Schwierigkeiten, die aus der quantitativen und qualitativen Ausweitung der verfügbaren Quellen resultieren. Viertens schließlich wird die Zeitgeschichte vielfach als mobile Disziplin begriffen, deren Zuständigkeit sich fortwährend verschiebt, was zumeist unter dem Gesichtspunkt der intra-, nicht aber der interdisziplinären Abgrenzungsprobleme diskutiert wird¹.

¹ Siehe Hans Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe, in: VfZ 1 (1953), S. 1–8; Karl Dietrich Bracher/Hans-Peter Schwarz, Zur Einführung, in: VfZ 26 (1978), S. 1–8; Horst Möller, Zeitgeschichte – Fragestellungen, Interpretationen, Kontroversen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 2 (1988), S. 3–16; Anselm Doering-Manteuffel, Deutsche Zeitgeschichte nach 1945: Entwicklung und Problemlagen der historischen Forschung zur Nachkriegszeit, in: VfZ 41 (1993), S. 1–29; Hans Günter Hockerts, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: Historisches Jahrbuch 113 (1993), S. 98–127; ders., Zugänge zur Zeitgeschichte. Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft, in: Aus Politik und

Obwohl diese Überlegungen wichtige Eigenheiten und Probleme des zeit-historischen Arbeitens erfassen, dienen sie doch vor allem der Selbstpositionierung gegenüber jenen Historikern, die sich mit weiter zurückliegenden, oft unbekannteren und auf den ersten Blick schwerer zu vergegenwärtigenden Jahrhundert beschäftigen. Zur Abgrenzung des Fachs nach außen, d.h. über die Grenzen der *historiographical community* hinaus, und zur Begründung, wozu ein spezifisch zeithistorischer Blick auf die jüngste Vergangenheit eigentlich dient, sind sie indes wenig hilfreich. Die meisten Studierenden wie auch viele Kollegen außerhalb der Geschichtswissenschaft beschäftigt aber eher die Frage, was die Zeitgeschichte von den anderen Disziplinen unterscheidet, die sich der Gegenwart bzw. ihrer unmittelbaren Vorgeschichte widmen und mit denen das Fach in Deutungskonkurrenz steht, wie etwa der Politikwissenschaft, den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften oder auch den expandierenden Medien- und Kulturwissenschaften. In einer Zeit fortgesetzter Universitäts- und Studienreformen, in der ständig neue Studiengänge aus dem Boden schießen, ist es auch für klassische Fächer essentiell, ihren jeweils eigenen thematischen, theoretischen und methodischen Anspruch zu profilieren. Was können Zeithistoriker, was so nur Zeithistoriker können?

Die Frage nach dem spezifischen Potential zeithistorischer Forschung stellt sich nicht nur angesichts der Expansion des historisch interessierten Journalismus in den vergangenen Jahren, der Zeitgeschichte medial präsenter denn je gemacht hat². Auch mit Blick auf die stärker theoretisch arbeitenden Nachbardisziplinen, deren Forschungsergebnisse und Theorienangebote die Zeitgeschichte häufig nutzt, ohne selbst in ähnlicher Weise Theorien zu produzieren, ist zu klären, wo die Disziplin mehr leistet, als die sozial-, wirtschafts- oder politikwissenschaftlichen Theorieerwartungen empirisch zu erfüllen. Hinter der Frage nach der Spezifik der Zeitgeschichte gegenüber den Nachbardisziplinen steht also nicht zuletzt die Reflexion über den Stellenwert von Theorien für die Geschichtswis-

Zeitgeschichte, B 28 (2001), S. 15–31; Hans-Peter Schwarz, Fragen an das 20. Jahrhundert, in: VfZ 48 (2000), S. 1–36; Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hrsg.), Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, Frankfurt a.M. 2002; Hans-Peter Schwarz, Die neueste Zeitgeschichte, in: VfZ 51 (2003), S. 5–28; Martin H. Geyer, Im Schatten der NS-Zeit. Zeitgeschichte als Paradigma einer (bundes-)republikanischen Geschichtswissenschaft, in: Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa, hrsg. von Alexander Nützenadel und Wolfgang Schieder, Göttingen 2004, S. 25–53; Horst Möller/Udo Wengst (Hrsg.), Einführung in die Zeitgeschichte, München 2003; Gabriele Metzler, Einführung in das Studium der Zeitgeschichte, Paderborn 2004; Constantin Goschler/Rüdiger Graf, Europäische Zeitgeschichte seit 1945, Berlin 2010. – Der Aufsatz geht auf ein Panel beim Historikertag 2010 in Berlin zurück. Für ihre Beiträge und Anregungen sei Christina von Hodenberg, Benjamin Ziemann, Andreas Wirsching, Willibald Steinmetz sowie den Diskutanten herzlich gedankt. Ferner haben wir sehr von den kritischen Anmerkungen von Marcus Böick, Moritz Föllmer, Constantin Goschler, Stefanie Middendorf, Martina Steber und Janosch Steuer profitiert.

² Vgl. dazu, mit weiteren Verweisen, Irmgard Zündorf, Zeitgeschichte und Public History, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.2.2010, URL: http://docupedia.de/zg/Public_History?oldid=75534.

senschaft³. Es geht mithin um die methodische und analytische Identität der Zeitgeschichtsforschung und damit um die Rechtfertigung eines wissenschaftlichen Unternehmens, das sich in wachsender Konkurrenz um finanzielle Ressourcen und Studierende befindet.

Wenngleich die Probleme, die aus der Bezugnahme auf die Theorien benachbarter Disziplinen erwachsen, grundsätzlich alle Epochen betreffen, stellen sie sich doch für die Zeitgeschichte in besonderer Weise. Denn während die theoriegeleitete Geschichtswissenschaft in den 1960er Jahren antrat, die zeitgenössischen Methoden der Sozialwissenschaften auf vergangene Epochen anzuwenden, in denen diese noch nicht existiert hatten, beschäftigt sich die Zeitgeschichte heute mit eben jenem Zeitraum, in dem diese Theorien produziert wurden. Immer öfter der Aufgabe enthoben, die auszuwertenden Datensätze überhaupt erst zu erstellen, muss die Disziplin stattdessen klären, wie sie sich zu den sozial- und zunehmend auch kulturwissenschaftlichen Forschungsergebnissen und Theorien verhält, die in ihrem Untersuchungszeitraum entstanden. Selbstverständlich müssen Historikerinnen und Historiker, gleich welcher Epoche sie sich widmen, die Gegenwartsdeutungen der Zeitgenossen kritisch reflektieren, doch stellt sich die historische Distanz zur sozialwissenschaftlichen Forschung der letzten Jahrzehnte weniger selbstverständlich ein⁴: Da die sozialwissenschaftliche Theoriebildung des 20. Jahrhunderts eben jene Phänomene erfassen sollte, die in die Zuständigkeit der Zeitgeschichte fallen, sie zugleich aber noch immer in wesentlichen Teilen unsere eigene Weltaneignung prägt, nähert sich der Zeithistoriker seinem Untersuchungszeitraum oft mit den historisch kontingenten Methoden der Sozialwissenschaftler, ohne deren Bedingtheit ausreichend zu reflektieren.

Aus dieser Nähe von sozialwissenschaftlicher Theoriebildung und Historiographie ergeben sich fundamentale erkenntnistheoretische und methodische Probleme für die Zeitgeschichte, die von Lutz Raphael, Margit Szöllösi-Janze, Anselm Doering-Manteuffel und anderen aufgeworfen wurden⁵. Während es in den Debatten über die „Verwissenschaftlichung des Sozialen und der Politik“ vor allem um den Einfluss sozialwissenschaftlicher Experten aus verschiedenen Disziplinen (Soziologie, Ökonomie) oder Handlungsfeldern (Demographie, Stadtplanung) auf die Politikgestaltung im 20. Jahrhundert geht, diskutieren Raphael und Doering-Manteuffel die Schwierigkeiten im Umgang mit zeitgenössischen,

³ Vgl. dazu jüngst Jens Hacke/Matthias Pohl (Hrsg.), *Theorie in der Geschichtswissenschaft. Einblicke in die Praxis des historischen Forschens*, Frankfurt a. M. 2008.

⁴ Unter dem breiten Begriff der Sozialwissenschaften fassen wir im Folgenden auch Politik- und Wirtschaftswissenschaften; für andere Fächer wie die Kultur- und Medien- oder Naturwissenschaften oder auch die Neurowissenschaften bliebe das Verhältnis zu prüfen.

⁵ Vgl. Lutz Raphael, *Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 22 (1996), S. 165–193; Margit Szöllösi-Janze, *Wissensgesellschaft in Deutschland: Überlegungen zur Neubestimmung der deutschen Zeitgeschichte über Verwissenschaftlichungsprozesse*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 30 (2004), S. 277–313; Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008.

soziologischen Theoremen wie Modernisierung, Wertewandel, Risikogesellschaft und reflexive Moderne, Postmoderne oder Netzwerkgesellschaft. Diese sozialwissenschaftlichen Diagnosen seien „als Selbstbeschreibungen [...] ein zunehmend wirkungsvoller Bestandteil des kollektiven Erwartungshorizonts der westeuropäischen Nationen“ und könnten der Zeitgeschichte als „wissenschaftlich kontrollierte, besonders aussagekräftige Darstellungen der Entwicklungstendenzen“ der Umbruchsphase seit den 1970er Jahren dienen⁶. Sie plädieren dafür, den historischen Ort dieser Theorien, die in besonderer Weise das Problembewusstsein der Zeit geprägt hätten, zu bestimmen, sie aber zugleich als Quellen *und* als Darstellungen der Zeit zu lesen, in der sie entstanden⁷.

An diese Überlegungen anschließend, untersuchen wir im Folgenden auf der Basis unserer Forschungen zur Deindustrialisierung und zur Energiepolitik in den 1970er Jahren den Umgang mit Theorien aus den Politik-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in der Zeitgeschichte. Dieser trägt den skizzierten Problemen bislang nur unzureichend Rechnung: So werden häufig theoretische Zugänge aus Nachbardisziplinen gewählt, deren zeitgenössisch ermittelte Ergebnisse dann als Quellen genutzt werden – mit der Folge, dass auf ähnliche Fragen mit ähnlichen Mitteln ähnliche Antworten gefunden werden, und mit der Gefahr, dass die historische Analyse zeitgenössische erkenntnistheoretische Muster und Perspektiven unkritisch reproduziert. Darüber hinaus gehen die von Raphael und Doering-Manteuffel formulierten Maximen im Umgang mit sozialwissenschaftlichen „Fakten und Theorien“ nicht weit genug, gilt es doch, diese nicht nur konsequent und unzweideutig als Quellen zu historisieren, sondern zugleich ihre Wirkung auf unsere Gegenwart und unser eigenes erkenntnistheoretisches Instrumentarium intensiver zu reflektieren. Denn nur auf diese Weise kann die Zeitgeschichtsschreibung mehr sein als die Zusammenfassung und Fortschreibung vergangener Forschungsleistungen der Nachbardisziplinen. Nur dann geht die Analyse des Sozialhistorikers über die des zeitgenössischen Sozialforschers hinaus; nur so überschreitet der Politikhistoriker den Kenntnisstand und vor allem die Interpretationskategorien des gut informierten politischen Beobachters; und nur auf diese Weise kann der Wirtschaftshistoriker die zeitgenössisch aufbereiteten Datensätze zugleich historisieren und erkenntnisfördernd nutzen. Die Zeitgeschichte muss also zeigen, dass und inwiefern die Sozial-, Politik- und Wirtschaftswissenschaften selbst historisch sind – als spezifische Formen der Weltaneignung, die Wirklichkeit strukturieren, bestimmte Aspekte und Dimensionen sichtbar machen, andere aber ausblenden. Diese wirklichkeitskonstituierende Funktion der Sozialwissenschaften gilt es, in die historiographische Analyse einzubeziehen, anstatt ihre Ergebnisse zu reproduzieren und damit den Rang der Sozialwissenschaften zu bestätigen. Die besondere Schwierigkeit dieses Unterfangens besteht für Zeithistoriker darin, dass die von den Sozialwissenschaften mitkonstituierte Welt zu wesentlichen Teilen unsere eigene ist.

⁶ Ebenda, S. 59.

⁷ Vgl. ebenda, S. 58.

2. Die Plausibilität sozialwissenschaftlicher Begriffsbildung und ihre Grenzen

Gesellschaftstheoretische Begriffe aus den Sozialwissenschaften stehen hoch im Kurs in einer Zeitgeschichtsschreibung, die nicht nur Geschichten erzählen will, sondern darüber hinausgehende analytische Ansprüche verfolgt. In Texten, die das Ziel haben, die strukturellen Veränderungen der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konfliktlagen unserer Gegenwart herauszuarbeiten, und die sich momentan vor allem auf die 1970er Jahre konzentrieren, wimmelt es geradezu von Begriffen wie Industrie-, Arbeits-, Dienstleistungs-, Wertewandel-, Informations-, Netzwerk-, Kommunikations-, Risiko- oder postindustrielle Gesellschaft⁸. Auch wenn die Modernisierungstheorie nach anfänglicher Euphorie angesichts schwerwiegender methodischer Einwände kaum noch Anhänger im Fach hat, nutzen Zeithistoriker doch weiterhin Begriffe wie Moderne, klassische oder Industriemoderne, Hoch- oder Postmoderne zur Beschreibung von Epochenspezifika⁹. Um die Übernahme von Theoremen aus den Nachbardisziplinen zu rechtfertigen, wird gerne zur Metapher des „Seismographen“ gegriffen¹⁰. Vertreter anderer Fächer oder bisweilen auch nur besonders gut informierte und reflektierte oder gar „hellsichtige“ Zeitgenossen seien in der Lage gewesen, die Entwicklungstendenzen ihrer Gegenwart zu erfassen und auf den Begriff zu bringen, so dass man ihrem Urteil und ihren Kategorien folgen könne.

Die bereits genannten gesellschaftstheoretischen Begriffe werfen ein je unterschiedliches Licht auf die jüngste Vergangenheit. Ihre hohe intuitive Plausibilität als Beschreibungen gesellschaftlicher Entwicklungen beziehen sie nicht zuletzt aus ihrer stilistischen, zitierfreundlichen Brillanz. Ihre Übernahme in die Geschichtswissenschaft ist jedoch grundsätzlich problematisch, da derartige Begriffe wie Metonymien funktionieren; sie setzen einen Teil für das Ganze und erheben bestimmte Aspekte der Gesellschaft zu ihrer Essenz:

„Metonymische Verzerrungen befallen praktisch alle einflussreichen Sozial- und Kulturtheorien – und dies fast notwendig insofern, als theoretische Repräsentationen höchstens Kurzfassungen der sozialen Realitäten sind, die sie zu beschrei-

⁸ Vgl. z. B. die Beiträge in: Archiv für Sozialgeschichte 47 (2007); Konrad H. Jarausch (Hrsg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008; Niall Ferguson u. a. (Hrsg.), The Shock of the Global. The 1970s in Perspective, Cambridge/MA 2010; Anselm Doering-Manteuffel, Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970, in: VfZ 55 (2007), S. 559–581.

⁹ Vgl. Ulrich Herbert, Europe in High Modernity, Reflections on the Theory of the 20th Century, in: Journal of Modern European History 5 (2007), S. 5–20; Andreas Rödter, Moderne – Postmoderne – Zweite Moderne. Deutungskategorien für die Geschichte der Bundesrepublik in den siebziger und achtziger Jahren, in: Thomas Raithel/Andreas Rödter/Andreas Wirsching (Hrsg.), Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren, München 2009.

¹⁰ Vgl. Paul Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft: Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000, S. 22; Martin H. Geyer, Die Gegenwart der Vergangenheit. Die Sozialstaatsdebatten der 1970er-Jahre und die umstrittenen Entwürfe der Moderne, in: Archiv für Sozialgeschichte 47 (2007), S. 47–93, hier S. 91.

ben vorgeben. Beispielhaft zeigt sich dies im Schritt von der Beschreibung der globalisierten Aspekte unserer gegenwärtigen Gesellschaft zu ihrer Beschreibung als ‚globalisierte Gesellschaft‘; [...] von dem Verweis auf die reflexiven Bestandteile unserer Kultur zur Beschreibung unserer Kultur als reflexiv. Die theoretische Metonymie ist ein Problem für all jene, die eher ein ausgemaltes Bild als eine Bleistiftskizze unserer heutigen Lebensweise anstreben.“¹¹

Da Historiker zu jener Gruppe von Wissenschaftlern zählen, die das Gemälde der Bleistiftskizze vorziehen, bleibt die Übernahme theoretischer Metonymien für sie immer unbefriedigend. Das ist auch dann noch der Fall, wenn man sich vom Ideal der Vollständigkeit oder der Totalgeschichte verabschiedet und die notwendige Partikularität, Standort- und Theoriegebundenheit historischer Erkenntnis anerkennt. Denn die Mängel der theoretischen Metonymien liegen weniger in ihrer Partikularität als vielmehr darin, dass die Identifizierung bestimmter Teilaspekte der Gesellschaft mit dem Ganzen und die dadurch bedingte Unterbelichtung oder Ausblendung anderer Teile immer bestimmten inner- und außerwissenschaftlichen – oftmals politischen – Interessen folgt. Während diese in der sozialwissenschaftlichen Theoriediskussion und in der geschichtswissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den von ihr selbst produzierten metonymischen Beschreibungen häufig mitreflektiert werden, gehen sie bei der Übernahme aus anderen Fächern in die historische Beschreibung regelmäßig verloren. Stattdessen werden die zitierten Begriffe als Repräsentationen historischer Wirklichkeit verstanden. Darüber hinaus gerät auch der oftmals prognostische Charakter der sozialwissenschaftlichen Theorien aus dem Blick, die nicht nur ihre Gegenwart erfassen, sondern auch zukünftige Entwicklungen vorhersagen und damit beeinflussen wollen.

Bei dem in der Forschung zu den 1970er Jahren populären Begriff der „postindustriellen Gesellschaft“ ist dies besonders deutlich. Schon in der deutschen Übersetzung von Daniel Bells Klassiker als *Die nachindustrielle Gesellschaft* wurde die gleich doppelte Zukunftsorientierung im Ober- und Untertitel des Originals *The Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting* übergangen¹². In der Geschichtswissenschaft gilt die postindustrielle Gesellschaft heute gemeinhin als reales Phänomen, dessen Entstehung nurmehr retrospektiv nachzuzeichnen ist, nicht aber als ein Begriff, dessen Angemessenheit erst nachzuweisen wäre. Auf die Probleme der wirtschaftstheoretischen Fundierung eines vermeintlich spezifischen „Strukturwandels“, der in den 1970er Jahren zum Durchbruch einer „Dienstleistungsökonomie“ geführt habe, wird später eingegangen. Daneben offenbart *The Coming of Post-Industrial Society* indessen weitere Beschränkungen, die aus Bells Biographie sowie seinen wissenschaftlichen und politischen Präferenzen resultieren.

Zunächst hängt die Analyse des Strukturwandels, verstanden als Ausweitung des „Dienstleistungssektors“ gegenüber Landwirtschaft und industrieller Pro-

¹¹ Steven Shapin, *The Scientific Life: A Moral History of a Late Modern Vocation*, Chicago 2008, S. 4.

¹² Vgl. Daniel Bell, *The Coming of Post-Industrial Society: A Venture in Social Forecasting*, New York 1973.

duktion, von der territorialen Bezugsgröße ab. Zwar bemerkte Bell 1973 durchaus, dass dieser Prozess in den Vereinigten Staaten auch auf der Auslagerung der industriellen Fertigung in andere Länder basierte, er veränderte deswegen aber seinen Gesellschaftsbegriff nicht. Statt die Gesellschaft als ein Gebilde zu begreifen, das durch bestimmte Formen des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Austauschs konstituiert ist, der sich auch über Grenzen hinweg vollziehen kann, blieben die nationalen Grenzen in Bells Analyse bemerkenswert intakt. Darüber hinaus ist auch die These, dass Wissen und Information den zentralen Rohstoff einer nachindustriellen Gesellschaft bildeten, deren entscheidende Klasse die technische und wissenschaftliche Elite sein werde – eine Überlegung, die heute in der Geschichtswissenschaft als „Abschied vom Malocher“¹³ wiederkehrt –, eine Setzung, die intellektuellen Vorlieben und politischen Werthaltungen folgte.

Bei Licht besehen war und ist Bells historisches Entwicklungsschema, das von der durch Muskelkraft geprägten Agrargesellschaft über die durch Energie konstituierte Industriegesellschaft zur auf Information basierenden Wissensgesellschaft reicht, weniger erhellend als empirisch zweifelhaft und analytisch irreführend: Für die Vergangenheit konnte Bell eine „industrielle Gesellschaft“ in den USA nur dadurch nachweisen, dass er Agrar- und Industrieproduktion kurzerhand addierte¹⁴. In der Gegenwart stellt sich die Frage, wo Informationsressourcen ohne jene energiebasierten Wissenstechnologien wären, die bereits Bell für zentrale Bestandteile zeitgenössischer Ökonomien hielt¹⁵. Hinzu kommt, dass die Konstruktion der meritokratischen, wissenschaftlich-technischen Elite auf Bells eigenen sozialen Werdegang als Aufsteiger aus armen Verhältnissen an die führende Forschungsuniversität der USA verweist und damit zugleich einem klassisch amerikanischen Erfolgsnarrativ folgt. Aber ist die Figur des an seinem Computer arbeitenden Ingenieurs oder Kreativwirtschaftlers heute wirklich aussagekräftiger für die Struktur und Lebensweise westlicher Gesellschaften als die des chinesischen Arbeiters, der die Computerteile zusammenfügt, verpackt und verschifft? Zweifel sind nicht nur an der Generalisierbarkeit, sondern auch an der empirischen Belastbarkeit solcher Einschätzungen angebracht. Metonymisches Wissen entfaltet seine hohe Plausibilität nur vor dem Hintergrund geteilter Annahmen, und im Falle Bells waren dies die Prämissen derjenigen, die sich selbst zur wissenschaftlich-technischen Elite in den USA, Westeuropa und Japan zählten und meinten, dass dieser in Zukunft wesentliche gesellschaftsgestaltende Macht zukommen solle¹⁶. Auch wenn ihre Pro-

¹³ Vgl. Doering-Manteuffel/Raphael, Nach dem Boom, S. 36 u. S. 38; Wolfgang Hindrichs/Uwe Jürgenhake/Christian Kleinschmidt, Der lange Abschied vom Malocher. Sozialer Umbruch in der Stahlindustrie und die Rolle der Betriebsräte von 1960 bis in die neunziger Jahre, Essen 2000.

¹⁴ Vgl. Bell, Coming of Post-Industrial Society, S. 132 u. S. 142.

¹⁵ Vgl. ebenda, S. 127. Im Vorwort zur zweiten Auflage 1976 erkennt Bell unter dem Eindruck der politischen Debatten die fortdauernde Bedeutung von Energie an; vgl. ebenda, S. 12–15.

¹⁶ Vgl. dazu auch den Folgeband: Daniel Bell, Die Zukunft der westlichen Welt. Kultur und Technologie im Widerstreit, Frankfurt 1976 (engl.: The Cultural Contradictions of Capitalism, New York 1976).

tagonisten den sozialen Ort von Bells Perspektive teilen, sollte eine kritische Geschichtswissenschaft Annahmen dieser Art reflektieren und nicht reproduzieren.

Der Konstruktionsgehalt und die Politizität sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse lassen sich vielleicht am deutlichsten an der Konjunktur des Wertewandeltheorems in der Geschichtswissenschaft illustrieren¹⁷. Der Befund, dass sich Lebens- und Verhaltensweisen über Generationen ändern, ist so alt wie das Phänomen der gesellschaftlichen Selbstbeschreibung selbst. In den 1960er und 1970er Jahren meinten jedoch in den westlichen Industrienationen immer mehr Zeitgenossen angesichts des wirtschaftlichen Nachkriegsbooms, der sogenannten „sexuellen Revolution“, der Studenten- und der neuen sozialen Bewegungen einen beschleunigten Wandel der Lebensstile zu erleben. Anders als in früheren Epochen versuchten jetzt die Sozialwissenschaften, diesen Wandel mit den Mitteln der Umfrageforschung statistisch und damit vermeintlich wissenschaftlich präzise zu erfassen. Als Pionier dieser Forschung beschrieb Ronald Inglehart die Transformation als Bewegung vom „Materialismus“ zum „Postmaterialismus“: Seit dem Zweiten Weltkrieg habe sich das Wertesystem in den westlichen Industriegesellschaften kontinuierlich verschoben – Lebensqualität sei wichtiger geworden als materieller Wohlstand¹⁸. Diese Verschiebung der Werteorientierung quantifizierte Inglehart, indem er in Umfragen Präferenzen für „Ordnung/Sicherheit“, „Preisstabilität“, „politische Partizipation“ und „Meinungsfreiheit“ ermittelte. Die beiden ersten Kategorien wies er den „Materialisten“, die beiden letzten den „Postmaterialisten“ zu¹⁹. Mit Hilfe von Alterskohorten meinte Inglehart in seinem Sample nachweisen zu können, dass unter den älteren Jahrgängen die Materialisten, unter den jüngeren die Postmaterialisten überwogen. Diese Verhältnisbestimmung verdeckte jedoch, dass nur etwa die Hälfte der Befragten in jeder Altersgruppe überhaupt eindeutig als Materialisten oder Postmaterialisten klassifiziert werden konnten²⁰. Dies stellt aber die Aussagekraft eben jener Dichotomie in Frage, die in Ingleharts Texten seither als statistisch belegbares Faktum sowie als zentrales gesellschaftliches Ordnungsmuster firmiert und als solches vielfach Eingang in historische Handbücher und Untersuchungen gefunden hat.

Die Frage, ob und inwiefern Werteorientierungen menschliches Verhalten erklären können, ist wohl eher von Philosophen und Psychologen als von Historikern zu beantworten. Abgesehen davon scheinen sich Werteorientierungen

¹⁷ Siehe hierzu die deutliche Kritik von Benjamin Ziemann. Sozialgeschichte und empirische Sozialforschung. Überlegungen zum Kontext und zum Ende einer Romanze, erscheint voraussichtlich in: Barbara Lüthi/Pascal Maeder/Thomas Mergel (Hrsg.), Wozu noch Sozialgeschichte? Festschrift für Josef Mooser, Göttingen 2011.

¹⁸ Ronald Inglehart, *The silent revolution: Changing values and political styles among Western publics*, Princeton/NJ. 1977, S. 3.

¹⁹ Ebenda, S. 28–32.

²⁰ Vgl. Ronald Inglehart, *Changing Values among Western Publics from 1970 to 2006*, in: *West European Politics* 31 (2008), S. 130–146; auch die Erweiterung zu einem Zwölfersetz von Fragen, über das der Wandel im Rahmen der Verschiebung von der Moderne zur Postmoderne nachgewiesen werden soll, ändert nichts an seinem Konstruktionscharakter; vgl. ders., *Modernization and postmodernization. Cultural, economic, and political change in 43 societies*, Princeton/NJ. 1997.

aber nur sehr begrenzt in artifiziellen Umfragesituationen ergründen zu lassen. Schließlich sind nicht nur Praxis und Reflexion zweierlei, sondern auch Aussagen über das eigene Handeln davon noch einmal zu unterscheiden. Die Bedenken gegen die Umfragekonstellation, die Kategorienbildung und die falsche Verdinglichung hochgradig konstruierter statistischer Ergebnisse in der anschließenden Präsentation verstummen auch dann nicht, wenn man sich der innersozialwissenschaftlichen Kritik anschließt und beispielsweise mit Helmut Klages einen Wertewandelschub in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren diagnostiziert, der zu einer geringeren Bedeutung der Pflicht- und Akzeptanzwerte bei gleichzeitiger Aufwertung der Selbstentfaltungswerte geführt habe – die grundsätzlichen Probleme des Konzepts werden dadurch nicht ausgeräumt²¹.

Trotz dieser Schwierigkeiten und des hohen Konstruktionsgrades des „Wertewandels“ findet sich dieser als gern zitiertes Faktum in zahlreichen zeithistorischen Darstellungen²². So beschreibt Hartmut Kaelble auf der Basis der Umfragen der *European Values Study* oder von Ingleharts *World Values Survey* gemeinsame Trends der Werteentwicklung in Europa²³. Auch für Andreas Rödder hat sich in der Bundesrepublik von der Mitte der 1960er bis zum Beginn der 1970er Jahre eben jener „Wertewandelsschub“ „vollzogen“, den Klages festgestellt hat²⁴. Dieser Schub sei letztlich eine Konsequenz des postmodernen „anything goes“ gewesen, das zur Pluralisierung von Lebensformen und Veränderungen von Geschlechterbeziehungen, Sexualmoral, Freizeit und Entkirchlichung geführt habe. Diese Veränderung, die von der „internationalen und interdisziplinären sozialwissenschaftlichen Wertewandelsforschung empirisch untersucht“ worden sei, begreift Rödder als dramatischen Verlust der „klassischen bürgerlichen Werte“, den er in die Nähe zum Werteverlust im Nationalsozialismus stellt. Überlegungen zu den Problemen der Umfrageforschung bzw. zum sozialwissenschaftlichen Konstruktionscharakter des Wertewandels fehlen²⁵. Stattdessen tritt der Wertewandel dem Leser als – negativ konnotiertes – realgeschichtliches Phänomen entgegen, das

²¹ Vgl. Helmut Klages, *Traditionsbruch als Herausforderung: Perspektiven der Wertewandels-gesellschaft*, Frankfurt a. M./New York 1993.

²² Vgl. z. B. Axel Schildt, *Materieller Wohlstand – pragmatische Politik – kulturelle Umbrüche. Die 60er Jahre in der Bundesrepublik*, in: Ders. (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000, S. 21–53, hier S. 35; Tobias Sander, *Der Wertewandel der 1960er und 1970er Jahre und soziale Ungleichheit. Neue Quellen zu widersprüchlichen Interpretamenten*, in: *Comparativ* 17 (2007), S. 101–118.

²³ Vgl. Hartmut Kaelble, *Sozialgeschichte Europas: 1945 bis zur Gegenwart*, München 2007, S. 119–153, hier S. 140f.

²⁴ Andreas Rödder, *Werte und Wertewandel: Historisch-politische Perspektiven*, in: Ders./Wolfgang Elz (Hrsg.), *Alte Werte – Neue Werte: Schlaglichter des Wertewandels*, Göttingen 2008, S. 9–25, hier S. 19, mit direktem Verweis auf Klages; vgl. auch ders., *Moderne*, in: Raithel/Rödder/Wirsching (Hrsg.), *Auf dem Weg in eine neue Moderne?*, S. 193.

²⁵ Andreas Rödder, *„Vom Materialismus zum Postmaterialismus? Ronald Ingleharts Diagnosen des Wertewandels, ihre Grenzen und Perspektiven“*, in: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Roedder-3-2006>, referiert zwar die Kritik an Inglehart, nimmt Klages aber davon aus und erklärt die Erforschung des Wertewandels zu einer zentralen zeithistorischen Aufgabe.

mit den exakten Methoden der Sozialwissenschaften definiert und untersucht werden und dann in die historische Darstellung einfließen kann²⁶.

Wer das Theorem des Wertewandels und seine Übertragung in die Zeitgeschichte kritisiert, leugnet nicht, dass sich in den vergangenen Jahrzehnten Lebensweisen und Orientierungsmuster in Westeuropa und den USA, aber auch darüber hinaus, immer wieder und mit verschiedenen Geschwindigkeiten verändert haben, noch dass die Untersuchung dieser Prozesse zeithistorisch relevant ist. Die sozialwissenschaftliche Wertewandelforschung stellt jedoch weder ein hilfreiches begriffliches Instrumentarium noch verlässliche Rohdaten für die Zeitgeschichte bereit. Diese sollte sich Phänomenen wie Werten qualitativ, nicht quantitativ nähern, die sozialwissenschaftliche Wertewandelforschung sowie ihre feuilletonistische Popularisierung selbst als Forschungsgegenstand verstehen und fragen, wer mit welchen Motiven Gesellschaften als Wertewandelgemeinschaften begriff bzw. begreift. Statt die Befunde von Inglehart, Klages und anderen zu reproduzieren oder über die Zahlenreihen der *European Values Study* oder des Instituts für Demoskopie Allensbach einen Zugang zu Mentalitäten zu suchen²⁷, geht es vielmehr darum, ihren Konstruktionsgehalt herauszuarbeiten und ihre Wirkung als Medium gesellschaftlicher Selbstbeschreibung zu bestimmen²⁸.

3. Theorien der Politik: Internationale Beziehungen und Energie in den 1970er Jahren – Transnationalität, Interdependenz und Globalisierung

In der Zeitgeschichte sind politikgeschichtliche Fragestellungen und Perspektiven dominanter als in der Forschung zu anderen historischen Epochen, was im Fall der bundesdeutschen Zeitgeschichte auch daran liegt, dass sich das Fach in enger Verbindung mit der Politikwissenschaft etablierte²⁹. Vertreter beider Disziplinen erheben den Anspruch, die Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit zu analysieren und damit einen Beitrag zum Verständnis unserer Gegenwart zu leisten. Bereits als Zeitgenossen versuchen Politikwissenschaftler oder politische Beobachter, die Gegenwart zu erfassen und zu deuten. Sie sind dabei oft so kenntnisreich und weitsichtig, dass bisweilen nicht klar ist, was Zeithistoriker selbst nach Öffnung der einschlägigen Archive noch wesentlich Neues hinzufügen können.

²⁶ Vgl. Rödder, *Moderne*, in: Raithel/Rödder/Wirsching (Hrsg.), *Auf dem Weg in eine neue Moderne?*, S. 193.

²⁷ Dieses Vorgehen kritisiert bereits Paul Erker, *Zeitgeschichte als Sozialgeschichte. Forschungsstand und Forschungsdefizite*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 19 (1993), S. 202–238, hier S. 212.

²⁸ So argumentierte auch Benjamin Ziemann in seinem Vortrag auf dem Historikertag. Als Beispiel für eine Arbeit, die sich diesem Anspruch für den Bereich der politischen Demoskopie stellt, vgl. Anja Kruke, *Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990*, Düsseldorf 2007.

²⁹ Vgl. Winfried Süß, *Zeitgeschichte als Demokratiewissenschaft*. Karl Dietrich Brachers „Auflösung der Weimarer Republik“, in: Jürgen Danyel/Jan-Holger Kirsch/Martin Sabrow (Hrsg.), *50 Klassiker der Zeitgeschichte*, Göttingen 2007, S. 47–51.

So stößt der Zeithistoriker etwa bei der Untersuchung der Energiepolitik in westlichen Industrienationen in den 1970er Jahren auf eine Unmenge politik- und wirtschaftswissenschaftlicher Studien, die unmittelbar auf die Ölpreissteigerungen durch die OPEC und die Produktions- und Lieferbeschränkungen durch deren arabische Mitglieder reagierten. Auf zahlreichen Konferenzen versuchten Politikwissenschaftler in Verbindung mit Ökonomen, oft aber auch mit noch aktiven Politikern, die Ursachen der sogenannten Ölkrise zu ergründen, ihre Dynamik und ihren unterschiedlichen Verlauf in den betroffenen Ländern zu erklären und die Auswirkungen der Preissteigerungen und Produktionsbeschränkungen auf die westlichen Industrieländer zu bestimmen³⁰. In kurzer Zeit avancierte die Ölkrise zu einem paradigmatischen Fall, anhand dessen die Bedingungen internationaler Politik studiert wurden³¹. Die dabei entstandenen Studien und Erklärungsansätze sind vielfältig, oft äußerst elaboriert und formulieren weitreichende Erklärungsansprüche. Angesichts dieses Diskurses, der aufgrund der eher noch gestiegenen Relevanz der Öl- und Energieversorgung bis in die Gegenwart reicht, bleiben dem Zeithistoriker, der eine Geschichte der Ölkrise schreiben will, anscheinend nur zwei Möglichkeiten: Entweder er rekapituliert eine der zeitgenössischen Positionen, macht sie sich mehr oder weniger explizit zu eigen und vertritt sie als nun historische These. So wiederholt etwa Jens Hohensee den schon zeitgenössischen Befund, dass das Öl niemals knapp gewesen sei und es folglich keine Ölversorgungskrise, sondern nur einen Ölpreisschock gegeben habe³². Oder aber der Historiker kapituliert und stellt resigniert fest, dass zur Ölkrise von den Nachbardisziplinen schon alles gesagt und ihren Ergebnissen nichts mehr hinzuzufügen sei. Kapitulation und Rekapitulation sind jedoch gleichermaßen unbefriedigend für eine Zeitgeschichtsschreibung, die stattdessen versuchen muss, den spezifischen Mehrwert einer historischen Analyse gegenüber politik- und sozialwissenschaftlichen Untersuchungen herauszustellen.

Um die Spezifik des historischen Zugangs zu beschreiben, kann man zunächst an die klassische Unterscheidung von idiographischen und nomothetischen Wissenschaften anschließen³³. Während es historischen Untersuchungen um die

³⁰ Vgl. z. B. Raymond Vernon (Hrsg.), *The Oil Crisis*, New York 1976; Edward Fried/Charles Schultze (Hrsg.), *Higher Oil Prices and the World Economy. The Adjustment Problem*, Washington 1975; Wolfgang Hager (Hrsg.), *Erdöl und internationale Politik*, München 1975; Fritz Lücke (Hrsg.), *Ölkrise 10 Jahre danach*, Köln 1984; T. M. Rybczynski (Hrsg.), *The Economics of the Oil Crisis*, New York 1976; Manfred Tietzel (Hrsg.), *Die Energiekrise. 5 Jahre danach*, Bonn 1978; George H. Cummings (Hrsg.), *Optimum use of world petroleum*, New York 1974; *Die Energiekrise. Episode oder Ende einer Ära. Eine Diskussion zwischen Ralf Dahrendorf, Hans Joachim Langmann u. a.*, Hamburg 1974.

³¹ Vgl. Linda B. Miller, *Review: Energy, Security and Foreign Policy. A Review Essay*, in: *International Security* 4 (1977), H. 1, S. 111–123.

³² Vgl. Jens Hohensee, *Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa*, Stuttgart 1996.

³³ Vgl. Wilhelm Windelband, *Geschichte und Naturwissenschaft: Rede zum Antritt des Rektorats der Kaiser-Wilhelms-Universität Strassburg gehalten am 1. Mai 1894*, Strassburg ³1904, S. 12.

Darstellung bzw. Erklärung eines Ereigniskomplexes geht, auch wenn dabei allgemeinere Theorien und Modelle zu Hilfe genommen werden, weisen die meisten politikwissenschaftlichen Analysen über den Einzelfall hinaus. Ein Ereignis dient oftmals lediglich als Exempel, um eine allgemeine Theorie zu begründen, die sich im Fall der Ölkrise auf die Funktionsweise internationaler oder nationaler Politik im Allgemeinen oder politischer Embargos im Besonderen, die Transformation nationaler Sicherheitsverständnisse oder den Stellenwert von Energie im Rahmen der politischen Ökonomie beziehen kann³⁴. Dies ist ein legitimer Ansatz; zur Untersuchung einer bestimmten historischen Konstellation sind diese Theorien aber zumeist entweder zu artifiziell, so dass die Erkenntnis der historischen Wirklichkeit unnötig erschwert wird, oder unterkomplex und damit zur Erfassung der Vielfalt und Zufälligkeit menschlichen Handelns ungeeignet.

Ein Beispiel für den ersten Fall ist Peter Cowheys *The Problems of Plenty. Energy Policy and International Politics*, dem ein politikwissenschaftlicher Kollege 1985 einen „ungewöhnlich umfassenden und weitgehend umgesetzten theoretischen Anspruch mit historischer und empirischer Fülle“ attestierte³⁵. Wenn Cowhey zu Beginn seiner Untersuchung der Energiepolitik der 1970er Jahre neun Typen internationaler Managementstrategien unterscheidet und behauptet, der Leser müsse („the reader must“) die Formen der Zusammenarbeit in der Internationalen Energieagentur mittels dieser neunzelligen Matrix verstehen, wird dem allerdings kaum ein Zeithistoriker zustimmen³⁶. In die zweite Kategorie fällt Roy Lickliders Untersuchung aus dem Jahr 1988, der die Frage, ob das Ölembargo eine Veränderung der westlichen Nahostpolitik bewirkt habe, negativ beantwortet, da die wesentlichen politischen Veränderungen in den untersuchten Staaten nicht während des Embargos, sondern erst im folgenden Jahrzehnt erfolgt und vor allem auf den gewachsenen Reichtum der Förderländer zurückzuführen seien³⁷. Hierzu bemerkte schon zeitgenössisch der kanadische Historiker Stephen Duguid in der *International History Review*, die ganze Anlage von Lickliders Untersuchung der „Ölwaffe“ sei unterkomplex, weil sie weder die Steigerungen des Ölpreises miteinbeziehe noch den Erfolg oder Misserfolg des Embargos an etwas anderem als seinem eingangs erklärten Ziel messe³⁸.

³⁴ Vgl. z. B. Robert Owen Keohane, *After Hegemony*, Princeton/NJ. 1984; Gilford John Ikenberry, *Reasons of State. Oil Policies and the Capacities of the American Government*, Ithaca/London 1988; Roy Licklider, *Political Power and the Arab Oil Weapon. The Experience of Five Industrial Nations*, Berkeley 1988; David A. Deese/Joseph S. Nye (Hrsg.), *Energy and Security*, Cambridge/MA. 1981; Cyrus Bina, *The economics of the oil crisis: Theories of oil crisis, oil rent, and internationalization of capital in the oil industry*, London 1985; California Energy Commission (Hrsg.), *Government behavior in an oil crisis: An analysis of the Rand energy emergency simulation*, Sacramento 1982; Rybczynski (Hrsg.), *Economics of the oil crisis*.

³⁵ Vgl. Ernest J. Wilson, Review, in: *The American Political Science Review* 79 (1985), S. 892 f.

³⁶ Vgl. Peter Cowhey, *The Problems of Plenty: Energy Policy and International Politics*, Berkeley 1985.

³⁷ Vgl. Licklider, *Political Power and the Arab Oil weapon*.

³⁸ Vgl. Stephen Duguid, Review, in: *The International History Review* 11 (1989), S. 403–405.

Es fällt Historikern leicht, sich von diesen mal unnötig komplizierten, mal unterkomplexen Theorien zu distanzieren, da sie wenig zur Erhellung konkreter historischer Konstellationen beitragen, und stattdessen für eine einfache empirische Beschreibung zu plädieren. Im gegenwärtigen Jargon wird dies – wie auch der grundsätzliche Theorieverzicht – gern in mehr als lockerem Bezug auf Clifford Geertz als „dichte Beschreibung“ camouffiert. Die Distanzierung fällt jedoch deutlich schwerer bei Theorien, die jüngeren Datums sind und unsere gegenwärtigen Forschungsinteressen betreffen, wie etwa bei der Theorie komplexer Interdependenz und transnationaler, nicht-gouvernementaler Akteure. Man kann zu „Transnationalität“ und „Globalisierung“ stehen wie man will, aber wohl kaum leugnen, dass sie in den letzten zwanzig Jahren zu zentralen Begriffen der geschichtswissenschaftlichen Debatte avanciert sind. Neben ausführlichen theoretischen Überlegungen zur „transnationalen Geschichte“ entstanden zahlreiche empirische Studien zu transnationalen Phänomenen oder Einzelaspekten der Globalisierung; darüber hinaus wurde versucht, die Geschichte der Globalisierung bzw. die Entwicklung von Transnationalität selbst zu beschreiben³⁹. Das Bewusstsein beider Phänomene und ihre wissenschaftliche Erfassung erfuhren in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und hier wiederum in den 1970er Jahren, dem neuesten Schwerpunktjahrzehnt der zeithistorischen Forschung, einen Schub: Für den Zeitraum bis 1965 verzeichnet die Datenbank JSTOR 178 Aufsätze, in denen das Wort „transnational“ vorkommt, und zwei, die es im Titel tragen. In den folgenden fünfzehn Jahren tauchte der Begriff in 1.750 Aufsätzen auf, und in 90 stand er im Titel⁴⁰. Auch eine Wortsuche in mehreren Millionen von Google gescannten Büchern belegt, dass der Begriff ab dem Beginn der 1970er Jahre häufiger wurde⁴¹. Über Globalisierung wurde sicher schon länger geredet, aber der Begriff lässt sich am 31. Dezember 1974 erstmals in der *New York Times* nachweisen und erlebte eine Konjunktur in den 1980er und vor allem 90er Jahren⁴².

Diese vagen Indikatoren sind zwar mit großer Vorsicht zu genießen, doch auch die Theoriebildung zur Transnationalität nahm in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren sprunghaft zu: Im Juni 1970 richteten Robert Keohane und Joseph Nye am Center for International Affairs in Harvard eine Konferenz zu „Transnationalen Beziehungen“ aus, deren Teilnehmer unter Rückgriff auf ältere

³⁹ Vgl. aus der reichhaltigen Literatur einführend David Held/Anthony McGrew (Hrsg.), *The Global Transformations Reader. An Introduction to the Globalization Debate*, Oxford 2000; Jürgen Osterhammel/Niels P. Petersson, *Geschichte der Globalisierung. Dimensionen, Prozesse, Epochen*, München 2003; Bruce Mazlish/Akira Iriye (Hrsg.), *The global history reader*, New York 2004; Gunilla Budde/Sebastian Conrad/Oliver Janz (Hrsg.), *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien*, Göttingen 2006.

⁴⁰ Stand: September 2010.

⁴¹ Google Labs: Books Ngram Viewer: http://ngrams.googlelabs.com/graph?content=globalization%2Ctransnational&year_start=1900&year_end=2000&corpus=0&smoothing=3 (21. 12. 2010). Zum methodischen Hintergrund der Datenbank siehe Jean-Baptiste Michel/Yuan Kui Shen/Aviva Presser Aiden u. a., *Quantitative Analysis of Culture Using Millions of Digitized Books*, in: www.sciencexpress.org, 16. 12. 2010, S. 1–10 (Zugriff am 17. 12. 2010).

⁴² Vgl. Soma Golden, *Grappling With Multinational Corporations*, in: *New York Times* vom 31. 12. 1974.

theoretische Überlegungen von Raymond Aron, Karl Kaiser oder Horst Mendershausen versuchten, dem Forschungsfeld eine neue Grundlage zu geben. Ihre mehrfach publizierten Beiträge bilden seitdem den Ausgangspunkt politikwissenschaftlicher Überlegungen zur Transnationalität und tauchen entsprechend auch in den historischen Arbeiten zur internationalen Politik der 1970er Jahre auf⁴³. In den Theoriedebatten der Geschichtswissenschaft zur „transnationalen Geschichte“ sind sie indes bislang weitgehend unberücksichtigt geblieben.

Nachdem Nye und Keohane in den 1960er Jahren in Harvard promoviert wurden, ist Nye dort seit 1964 als Professor für Politikwissenschaft tätig, während Keohanes Karriere etwas unsteter verlief, sich aber an nicht weniger renommierten Universitäten wie Stanford, Duke und Princeton abspielte. Seit ihrer gemeinsamen Zeit in Harvard versuchten beide in enger Kooperation, die alte realistische Auffassung internationaler Politik durch ein neues Modell zu modifizieren bzw. zu ersetzen. Für Keohane und Nye war der außenpolitische Realismus, der internationale Politik als Interaktion autonomer Staaten interpretierte, die ihren nationalen Interessen folgten, nicht mehr in der Lage, die Verhältnisse der 1970er Jahre zu beschreiben. Diese sahen sie gekennzeichnet durch eine Art „komplexer Interdependenz“, also durch eine Vielfalt transnationaler Beziehungen zwischen Gesellschaften auf verschiedenen Ebenen, durch transnationale Organisationen und Institutionen, durch das Fehlen klarer Hierarchien bei politischen Themen und den Bedeutungsverlust militärischer Macht⁴⁴. Diese Faktoren führten in ihren Augen zu einer Abschwächung der bipolaren Weltordnung des Kalten Krieges, zu dessen Analyse der außenpolitische Realismus angetreten war. Angesichts des Aufstiegs neuer Mächte prognostizierten sie, in Übereinstimmung mit klassischen Verfechtern des Realismus wie Hans J. Morgenthau oder Herman Kahn, die Entstehung einer multipolaren Welt und das Ende der US-amerikanischen Hegemonie⁴⁵.

Das Paradebeispiel, anhand dessen Keohane und Nye ihre veränderte Auffassung internationaler Politik entwickelten, war die Transformation der internatio-

⁴³ Vgl. Joseph S. Nye, Jr./Robert O. Keohane, *Transnational Relations and World Politics. A Conclusion*, in: *International Organization* 25 (1971), S. 721–748; dies. (Hrsg.), *Transnational Relations and World Politics*, Cambridge/MA. ³1973; zur politikwissenschaftlichen Diskussion siehe Thomas Risse-Kappen (Hrsg.), *Bringing Transnational Relations back in. Non-State Actors, Domestic Structures and International Institutions*, Cambridge 1995; ders., *Transnational Actors and World Politics*, in: Walter Carlsnaes (Hrsg.), *Handbook of International Relations*, London 2002, S. 255–274; Helen V. Milner/Andrew Moravcsik (Hrsg.), *Power, Interdependence, and Nonstate Actors in World Politics*, Princeton/NJ. 2009, sowie die Bezüge in der Neuauflage Robert O. Keohane/Joseph S. Nye, *Power and Interdependence*, New York ³2004.

⁴⁴ Vgl. Robert Keohane/Joseph S. Nye, *Transnational Relations and World Politics. An Introduction*, in: Dies. (Hrsg.), *Transnational Relations and World Politics*, Cambridge/MA. ³1973, S. IX–XXIX; dies., *Power and Interdependence: World Politics in Transition*, Boston 1977.

⁴⁵ Vgl. Keohane, *After Hegemony*; Hans J. Morgenthau, *The New Diplomacy Movement: International Commentary*, in: *Encounter*, August 1974, S. 52–57; Herman Kahn, *Angriff auf die Zukunft: Die 70er und 80er Jahre: So werden wir leben*, Wien/München/Zürich 1972.

nenal Ölwirtschaft und -politik, die ihres Erachtens – anders als es die oft wiederholte Erzählung von der Plötzlichkeit des ersten Ölschocks suggeriert – bereits Ende der 1960er Jahre einsetzte. Wie kein anderes Gut stand Öl als Grundstoff der modernen Industrie und Lebensweise, der nicht nur für Transport und Heizung, sondern auch in der chemischen Industrie und der Landwirtschaft benötigt wurde, angesichts seiner weltweit ungleichen Verteilung für komplexe globale Abhängigkeitsverhältnisse. Zugleich deuteten die Lösungsansätze, die 1974 auf der Washingtoner Energiekonferenz und dann in der Internationalen Energieagentur gesucht wurden, auf die Möglichkeit und Notwendigkeit internationaler Kooperationen unter Einschluss der USA hin⁴⁶. Das „American Century“ erschien in dieser Perspektive als ein sehr kurzes, das gut zwanzig Jahre nach seinem Beginn schon wieder vor dem Ende stand⁴⁷.

Auf den ersten Blick ist diese Gegenwartsdiagnose so einleuchtend, dass sie noch über dreißig Jahre später in der politisch-zeithistorischen Publizistik, aber auch in der Geschichtswissenschaft geteilt wird. So erklärte 2008 Andrew Bacevich in seinem viel beachteten Buch *The Limits of Power. The End of American Exceptionalism*, dass die entscheidende Zäsur der US-amerikanischen Zeitgeschichte nicht der Zusammenbruch des Kommunismus, sondern das Ende der ökonomischen Dominanz in den 1970er Jahren gewesen sei⁴⁸. Auch in einem neuen Themenheft zur Rolle nichtstaatlicher Akteure im europäischen Integrationsprozess in den 1970er Jahren werden Nye und Keohane als politikwissenschaftliche Autoritäten angeführt, die in den 1970er Jahren einen Prozess wachsender Interdependenz beobachteten, der heute als „Globalisierung“ beschrieben werden könne⁴⁹. Unter explizitem Bezug auf Nye und Keohane argumentiert darüber hinaus Daniel J. Sargent auf der Basis seiner ebenfalls in Harvard, allerdings im Fach Geschichte, entstandenen Dissertation, dass die Vereinigten Staaten in den 1970er Jahren durch die gewachsene Ölabhängigkeit Autonomie und Hegemoniefähigkeit verloren hätten. Die Ölkrise habe Regierung und Bevölkerung schockartig klargemacht, dass sich das Land in einem Zustand komplexer Interdependenz befinde, weshalb die 1970er Jahre ein wichtiges Scharnierjahrzehnt in der Geschichte der Globalisierung gewesen seien⁵⁰.

Was sagt es nun über den Zustand der Zeitgeschichte aus, wenn man an einem renommierten historischen Institut mit einer Arbeit promoviert werden kann, in der Thesen wiederholt werden, die gut dreißig Jahre zuvor im Nachbarinstitut an eben dieser Universität von Zeitgenossen aufgestellt wurden? Liegt hier

⁴⁶ Vgl. Keohane, *After Hegemony*, S. 182–240; ders., *The International Energy Agency. State Influence and Transgovernmental Politics*, in: *International Organization* 32 (1978), S. 929–951; ders./Nye, *Power and Interdependence*, S. 10 ff. u. S. 204.

⁴⁷ Vgl. Keohane, *After Hegemony*, S. 9 u. S. 15.

⁴⁸ Vgl. Andrew J. Bacevich, *The Limits of Power: The End of American Exceptionalism*, New York 2008, S. 29–31.

⁴⁹ Vgl. Wolfram Kaiser/Jan-Henrik Meyer, *Non-State Actors in European Integration in the 1970s. Towards a Polity of Transnational Contestation*, in: *Comparativ* 20 (2010), S. 7–24.

⁵⁰ Vgl. Daniel J. Sargent, *The United States and Globalization in the 1970s*, in: Ferguson u. a. (Hrsg.), *The Shock of the Global*, S. 49–64.

überhaupt ein Problem, oder können die zeitgenössischen Politikwissenschaftler nicht auch schlicht richtig gelegen haben? Wäre es nicht falsch, ihnen bloß um des Widerspruchs willen zu widersprechen?

Grundsätzlich tendiert die einfache Theorieübernahme erstens dazu, die Wirklichkeitskonstituierende Kraft der Theorien aus den Nachbardisziplinen zu übersehen, wobei uns diese Theorien nicht zuletzt deshalb plausibel erscheinen, weil sie auch in der Gegenwart noch Deutungskraft entfalten. Genauso wie die Soziologie bestimmte Phänomene durch die Zusammenstellung und Präsentation von Datensätzen erst sichtbar und damit zum Gegenstand von Reflexion und Politik macht, definieren auch politische Begriffe und Theorien Wirklichkeitsfelder und ihre Wahrnehmung. So gehören Nye und Keohane seit Jahrzehnten nicht nur in den USA, sondern weltweit zu den einflussreichsten Politologen im Feld der Internationalen Beziehungen⁵¹. Sie entwickelten ihre Theorien nicht im abgeschlossenen Raum der Universität, sondern nahmen Einfluss auf politisch Verantwortliche – entweder auf Konferenzen oder aber durch ihre konkrete Tätigkeit in der Regierung; so war Joseph Nye 1977 bis 1979 im National Security Council unter Jimmy Carter mit der Nichtverbreitung von Nuklearwaffen befasst und dann wiederum 1993/94 unter Bill Clinton Vorsitzender des National Intelligence Councils und Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs.

Zweitens ist es problematisch, politikwissenschaftliche Theorien einfach in die historische Analyse zu überführen, weil diese immer auch politische Theorien waren. Nye und Keohane wollten nicht nur beschreiben und analysieren, sondern sie verfolgten zugleich politische Absichten, die auf intensivere internationale Kooperation und die Stärkung internationaler Organisationen zielten. So sympathisch man diese Position finden mag, so fragwürdig ist es doch, sie zu einer generellen Entwicklungstendenz der internationalen Geschichte im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts zu machen und diese dann gar noch auf zunehmende ökonomische Interdependenzen zurückzuführen: Die 1984 von Keohane prognostisch formulierte These *After Hegemony* entfaltete 1990, 1995, 2000, 2005 oder 2010 unter je veränderten politischen Bedingungen, die er selbst mit seinen Theorien und Aktivitäten zu beeinflussen versucht hatte, jeweils sehr unterschiedliche Überzeugungskraft.

Drittens formulierten Keohane und Nye nur eine Deutung der Gegenwart, während Politikwissenschaftler anderer politischer Couleur aus der Ölkrise vollkommen andere Schlussfolgerungen für die Gegenwart und Zukunft der internationalen Politik zogen. In der von Norman Podhoretz herausgegebenen Zeitschrift *Commentary*, die in den 1960er und 1970er Jahren zu einem führenden Organ der Neuformierung des US-amerikanischen Konservatismus wurde, begründete Robert W. Tucker 1975 die Möglichkeit und Notwendigkeit einer mi-

⁵¹ Siehe zum fachinternen Ranking Richard Jordan u. a., *One Discipline or Many? TRIP Survey of International Relations Faculty in Ten Countries*, Williamsburg 2009, http://irtheoryandpractice.wm.edu/projects/trip/Final_Trip_Report_2009.pdf (21. 10. 2010).

litärischen Intervention am Persischen Golf⁵². Die Ölkrise war für Tucker kein Indikator gestiegener Interdependenz und geschwundener Möglichkeiten militärischer Intervention – eine solche Perspektive war für ihn vielmehr „a rationalization of political incompetence and the failure of will“⁵³. Setze sie sich durch, werde es zu chaotischen internationalen Beziehungen kommen, was wesentlich schlimmere Konsequenzen für das internationale System hätte als der Versuch einer militärischen Konsolidierung US-amerikanischer Hegemonie. Tuckers Diagnose und Direktive unterscheiden sich kaum von dem, was die Advokaten des „New American Century“ wie Donald Kagan, Donald Rumsfeld, Paul Wolfowitz, Dick Cheney und Podhoretz seit den 1990er Jahren formulierten und in die Tat umzusetzen versuchten⁵⁴. Die Übernahme einer spezifischen zeitgenössischen politikwissenschaftlichen Theorie zur Erklärung bestimmter Entwicklungen stellt also den Blick auf die zu jedem Zeitpunkt multiple Ausdeutbarkeit der Welt und damit auch auf die Offenheit der historischen Entwicklung, auf deren Verlauf Politikwissenschaftler mit ihren Theorien und Einschätzungen Einfluss zu nehmen suchten. Dies ist gerade für die Zeitgeschichte ein Problem, da die Entwicklungen, die sie untersucht, oft noch in der Gegenwart andauern und in die Zukunft weiterführen.

4. Ökonomischer Strukturwandel und seine Wandlungen in der Historiographie

Nicht nur politik-, sondern auch sozial- und wirtschaftsgeschichtlich interessierte Zeithistoriker sind den Kollegen aus den sozialwissenschaftlichen Nachbardisziplinen in der Regel dankbar, wenn sie ihnen das Zählen und Rechnen abnehmen. Wenn diese dann auch noch ihre Ergebnisse in allgemeinverständlicher Form, das heißt ohne mathematische Formeln und in moderat komplexen Graphiken darbieten sowie mit einem knappen, sprachlich nachvollziehbaren Konzept versehen, drängt sich der interdisziplinäre Begriffstransfer geradezu auf. Entscheidend ist jedoch, wann und auf welche Weise terminologische und konzeptionelle Übernahmen erfolgen. Die zeithistorische Adaption des Topos des Strukturwandels, der zunächst einmal recht unspezifisch ist und eher einen allgemeinen Modus der Veränderung denn eine historisch konkrete Transformation beschreibt⁵⁵, liefert hierfür ein instruktives Beispiel.

⁵² Vgl. Robert W. Tucker, Oil. The Issue of American Intervention, in: Commentary 59 (1975), S. 21–31. Zum Konservatismus in den 1970er Jahren siehe Murray Friedman, The Neoconservative Revolution: Jewish Intellectuals and the Shaping of Public Policy, Cambridge/MA. 2005; Bruce J. Schulman/Julian E. Zelizer (Hrsg.), Rightward bound: Making America conservative in the 1970s, Cambridge/MA. 2008.

⁵³ Tucker, Oil, S. 30.

⁵⁴ Siehe Project for the New American Century, Statement of Principles, June 3, 1997, <http://www.newamericancentury.org/statementofprinciples.htm> (21. 10. 2010).

⁵⁵ Vgl. auch die zweite populäre Anwendung in: Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied 1962. Zum Begriff der Struktur sehr allgemein Manfred Riedel, System, Struktur, in: Otto Brun-

Als sozial- und besonders als wirtschaftswissenschaftliches Konzept bietet sich „Strukturwandel“ zur historischen Adaption geradezu an, verweist doch die zweite Begriffshälfte auf geschichtswissenschaftlich vertrautes Terrain. „Wandel“ legt als diachrones Konzept nahe, dass die erhobenen Daten der Ökonomen zu den Fragen der Historiker passen, und deutet an, dass ein gemeinsames Feld bestellt wird: Die ökonomische Entwicklung wird historisch, die historische ökonomisch erklärt. Zudem kommt „Strukturwandel“ frei Haus mit der Autorität sprachlicher Abstraktion und wissenschaftlicher Nüchternheit, die konkurrierenden historischen Stufenlehren nicht zu eigen ist. Um Friedrich Lists Verlaufsmodell vom Naturzustand über Hirtentum, Agrikultur- und Manufaktur- bis zum Handelsstaat mit der gebotenen Skepsis zu begegnen, bedarf es inzwischen keiner größeren Mühe. Bei Werner Sombarts Unterscheidung von Früh-, Hoch- und Spätkapitalismus, zumal in ihrer marxistischen Adaption durch Ernest Mandel, liegen die Dinge nicht viel anders. Der Begriff „Strukturwandel“ scheint dagegen ideologiefrei und nicht normativ, kurz: „wissenschaftlich“ zu sein⁵⁶.

Beim ersten Teil des Kompositums tut man sich hingegen schwerer. Welche Bedingungen sozialer oder ökonomischer Wandel erfüllen muss, um als „strukturell“ zu gelten, oder ob gar jeder langfristige Wandlungsprozess struktureller Natur ist, bleibt unklar. Begriffsgeschichtlich erklärt sich dies aus der wechselhaften, von vielen Grenzüberschreitungen geprägten Genese des Konzeptes. Zunächst in Geologie, Medizin und Linguistik verbreitet, diffundierten die „Struktur“ und mit ihr der „Strukturwandel“ Ende des 19. Jahrhunderts in Soziologie und Ökonomie, die damit soziale Veränderungen erfassen wollten. Doch bezeichnenderweise lieferte erst die tiefe Depression der frühen 1930er Jahre die empirische Folie, vor welcher der Begriff systematisiert wurde. Die Einführung neuer Technologien, die Veränderung von Nachfragemustern und vor allem das Phänomen dauerhafter Arbeitslosigkeit wurden vom amerikanischen Soziologen Newell Sims und vom britischen Ökonomen William Beveridge als Symptome einer grundlegenden Transformation aufgefasst, die struktureller Natur sei und über konjunkturelle Schwankungen und Zyklen hinausgehe⁵⁷.

Beide verstanden strukturellen Wandel in erster Linie sektoral und knüpften damit an eine zweite Begriffstradition an: Die auf die physiokratische Schule zurückgehende, oft hierarchisierende Unterteilung ökonomischer Wertschöpfungsprozesse hatte im 19. Jahrhundert vor allem in der Schwesterdisziplin der Volkswirtschaftslehre, der Statistik, rasche Verbreitung gefunden, wo man der neuen

ner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 6, Stuttgart 1990, S. 318–322.

⁵⁶ Vgl. Joachim Zweynert, Friedrich List (1789–1846), in: Heinz D. Kurz (Hrsg.), *Klassiker des ökonomischen Denkens*, Bd. 1: Von Adam Smith bis Alfred Marshall, München 2008, S. 159–175, bes. S. 165 f.; Karl Pribram, *Geschichte des ökonomischen Denkens*, Frankfurt a. M. 1992, S. 409 f. u. S. 432 f.

⁵⁷ Vgl. Newell L. Sims, Review: The Agricultural Situation in 1931–32, by the International Institute of Agriculture, in: *American Journal of Sociology* 39 (1934), Nr. 5, S. 720; ders., The Swing of Social Change, in: *Social Forces* 14 (1936), Nr. 4, S. 468–481; William Beveridge, An Analysis of Unemployment III, in: *Economica* 4 (1937), Nr. 14, S. 168–183, Zitat S. 180.

Unübersichtlichkeit von Industrien und Gewerben, Branchen und Berufen Herr zu werden versuchte. Damit waren nicht nur pragmatische Ziele verbunden, sondern auch normative Auffassungen richtiger, d.h. wünschenswerter ökonomischer Entwicklung. Wenn etwa der britische Ökonom und Statistiker Thomas A. Welton einen primären, vorwiegend produzierenden von einem sekundären, hauptsächlich Konsumgüter handelnden Sektor unterschied, verband er damit zugleich die modernisierungstheoretische These, dass Wohlstand und Fortschritt einer Gesellschaft sich daran ablesen ließen, wie groß der sekundäre Sektor war. Weltons Folgerungen waren ebenso erfolgreich wie die von ihm vorgeschlagene Einteilung, die bis zur Jahrhundertwende Landwirtschaft als primären und industrielle Produktion als sekundären Sektor identifizierte⁵⁸.

Den theoretisch stringentesten und methodisch solidesten Beitrag zur Konzeptionalisierung und Messung sektoralen Wandels leistete 1930 der amerikanische Statistiker A. Ross Eckler. Seine Untersuchung von *Occupational Changes in the United States* zwischen 1850 und 1920 zeichnete Industrialisierung als Wandel im Verhältnis dreier Kategorien nach: *primary production* und *manufacturing* als die üblichen primären und sekundären Sektoren, zu denen Handel, Transport und professionelle Dienstleistungen als dritter Sektor hinzukamen. Dass es sich dabei um jeweils heterogene Kategorien und strittige Zuordnungen handelte, übersah Eckler ebenso wenig wie regional differenzierte Entwicklungsmuster und die Interdependenz von materieller Produktion und Dienstleistungen. Ecklers präzise, die methodischen Probleme seiner Datenerfassung und -auswertung sorgsam reflektierende, zugleich aber die modernisierungstheoretischen Implikationen Weltons aufnehmende Studie verband Strukturwandel und Drei-Sektoren-Modell (inklusive seiner Erweiterung) bereits mustergültig. Es war wohl nur der Umstand, dass Eckler auf die numerische Beschreibung der Sektoren als primär, sekundär und tertiär verzichtete, der verhinderte, dass er unter die Gründerväter der Drei-Sektoren-Theorie aufgenommen wurde⁵⁹.

Dieser Ruhm wurde, in sehr unterschiedlichen Graden, dem neuseeländischen Ökonomen Allan Fisher, seinem britisch-australischen Kollegen Colin Clark sowie dem französischen Sozialwissenschaftler Jean Fourastié zuteil. Alle drei entwickelten ihre Überlegungen in den frühen 1930er Jahren vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise. Fisher, der zwischen 1933 und 1939 mehrere Aufsätze sowie ein umfangreiches und in der Wirtschaftswissenschaft breit rezipiertes Buch vorlegte, meinte, im sektoralen Wandel gleichermaßen Anlass und Ursache der

⁵⁸ Vgl. Thomas A. Welton, On the Classification of The People by Occupations and on Other Subjects Connected with Population Statistics of England, in: Journal of the Statistical Society of London 32 (1869), Nr. 3, S. 271–287; Helen Page Bates, Australian Experiments in Industry, in: Annals of the American Academy of Political and Social Science 12 (1898), S. 21–41; Carl O. Sauer, The Survey Method in Geography and Its Objectives, in: Annals of the Association of American Geographers 14 (1924), S. 17–33.

⁵⁹ Vgl. A. Ross Eckler, Occupational Changes in the United States 1850–1920, in: Review of Economics and Statistics 12 (1930), S. 77–89.

Krise zu erblicken⁶⁰. Trotz aller sozialen Verwerfungen, die der Transformationsprozess mit sich bringe, so Fisher, sei nur im unaufhörlichen Wandel hin zu einer zunehmend tertiären Wirtschaft gesellschaftlicher Fortschritt möglich. Zeitgenössischen konservativen Steuerungsinstrumenten wie Subventionen und Schutzzöllen erteilte er daher eine entschiedene Absage. Mit seinem nachfrageorientierten Sektorenmodell, das die Dringlichkeit menschlicher Bedürfnisse zum Gradmesser nahm, gelangte Fisher zu der bekannten Dreiteilung und zugleich zu einem Koordinatensystem, innerhalb dessen der Entwicklungsstand von Staaten und Gesellschaften an der Relation ihrer Sektoren gemessen werden konnte. In der Modernisierungsdebatte der 1950er Jahre versuchte Fisher, sein Modell mit neuem Schwung zu verbreiten⁶¹. Dabei konkurrierte er mit Colin Clarks viel beachtetem Werk *Conditions of Economic Growth*, dessen entwicklungsökonomischer Impetus bereits im Titel zum Ausdruck kam⁶². Wie Fisher nahm er die Krise zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen, und auch er erkannte im Struktur- als sektorialem Wandel eine unausweichliche Übergangsphase auf dem Weg zu Wirtschaftswachstum und Wohlstand. Seine Einteilung folgte dem bekannten Muster, war jedoch explizit statisch. Zu Agrarwirtschaft und industrieller Erzeugung als Hauptbestandteilen der ersten beiden Sektoren gesellte sich der Sammelbegriff des tertiären Sektors, in dem Clark sämtliche übrigen Branchen erfasste. Da es ihm im Kern darum ging, Daten zusammenzustellen, die für ein globales Tableau wirtschaftlicher Entwicklungsstufen genutzt werden konnten – denkbar einfach zu errechnen über das Verhältnis der Sektoren nach Beschäftigten und Wertschöpfung –, nahm er Inkonsistenzen um des internationalen Vergleiches willen bewusst in Kauf. Dabei entging Clark keineswegs, dass branchenspezifische Veränderungen nicht eindeutig mit solchen in Beschäftigungsmustern und Berufen korreliert waren, ohne dass er dieses Problem allerdings statistisch gelöst hätte⁶³.

Clarks Statik stieß auf dezidierte Kritik bei Fourastié, der Ende der 1940er Jahre die Gedanken von Fisher und Clark aufnahm und zu seinem einflussreichen *Le grand espoir du XXe siècle* formte. Sein Plädoyer, die Sektoren danach zu unterscheiden, welches Potential zur Produktivitätssteigerung sie hatten, bot den Vorteil, dass die Zuordnungen vor dem Hintergrund technologischer Innovationen ihrerseits historisch wandelbar schienen, führte aber am Ende ebenfalls zur alten Einteilung in die bekannten drei Bereiche⁶⁴. Dies lag einerseits daran, dass Fou-

⁶⁰ Vgl. Allan G. B. Fisher, Production, Primary, Secondary, Tertiary, in: *The Economic Record* 15 (1939), Nr. 28, S. 24–38; ders., Capital and the Growth of Knowledge, in: *Economic Journal* 43 (1933), S. 379–389; ders., *The Clash of Progress and Security*, London 1935.

⁶¹ Vgl. Allan G. B. Fisher, Tertiary Production as a Postwar International Economic Problem, in: *Review of Economics and Statistics* 28 (1946), S. 146–151; ders., A Note on Tertiary Production, in: *Economic Journal* 62 (1952), S. 820–834.

⁶² Vgl. Colin Clark, *The Conditions of Economic Progress*, London: 2nd, completely rew. ed., 1951 (1. Auflage 1940, alle Verweise nach der 2. Auflage).

⁶³ Vgl. ebenda, S. 246–349.

⁶⁴ Vgl. Jean Fourastié, *Le grand espoir du XXe siècle*, édition définitive, Paris 1963, S. 58, S. 81–91 u. S. 236 f. (1. Auflage als *Le Grand Espoir du XXe siècle. Progrès technique, progrès économique, progrès social*, Paris 1949).

rastiés Beobachtungszeitraum derselbe war wie der seiner Kollegen – vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zur Weltwirtschaftskrise –, und hatte andererseits damit zu tun, dass es ihm mehr um eine auf die Zukunft gerichtete Prognose ging als um den diagnostischen Rückblick. Fourastié wollte nichts weniger als den Weg in eine tertiäre Zivilisation zeichnen, die – darin war er mit seinen Vorgängern völlig d'accord – als Umschichtung der Arbeitskräfte von immer produktiveren landwirtschaftlichen und industriellen Tätigkeiten in den personalintensiven tertiären Sektor gedacht war⁶⁵.

In der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion stießen das Drei-Sektoren-Modell und insbesondere die darauf gründende Entwicklungstheorie auf theoretische und methodische Einwände. Die Heterogenität der Gewerbe und Industrien innerhalb der Sektoren, deren einheitliche Entwicklung – etwa von Kleinhandel, Versicherungswesen und Kunstschaffenden – fraglich erschien, die Belastbarkeit vor allem von Clarks Datenmaterial sowie der Anspruch auf Linearität und Gesetzmäßigkeit des sektoralen Wandels wurden in Zweifel gezogen. Da zudem der wirtschaftliche Boom, den Nordamerika, Westeuropa und Japan in der Nachkriegszeit erlebten, mit einem signifikanten Beschäftigungswachstum just im industriellen Sektor einherging, verlor das Konzept an Überzeugungskraft. Auch theoretische Konkurrenz trug zum zwischenzeitlichen Bedeutungsverlust des Sektorenmodells bei: In der Debatte um staatliche Wirtschaftslenkung dominierte John Maynard Keynes, als Modernisierungstheoretiker war Walt Whitman Rostow einflussreicher, und bei der Quantifizierung des Einflusses, den technologische Innovationen auf gesellschaftliche Produktivität hatten, standen die Arbeiten Robert Solows auf einem ungleich festeren empirischen Fundament⁶⁶.

Ihr Revival erlebte die Sektorentheorie erst in den 1970er Jahren und dies nicht zufällig vor dem Hintergrund einer neuerlichen Wirtschaftskrise und angesichts der Erfahrung, dass – nachdem man die Konjunktur schon zugunsten von Wachstumszyklen in die Abstellkammer ökonomischer Terminologie verbannt hatte⁶⁷ – Erklärungen für das Ende des Booms dringend gesucht wurden. Da traf es sich gut, dass mit Daniel Bell ein namhafter amerikanischer Soziologe 1973 das bereits erwähnte Buch zur Krise vorlegte: *The Coming of Postindustrial Society*⁶⁸. Bell hatte bereits seit den frühen 1950er Jahren und somit zeitnah zu den genannten Studien von Fisher, Clark und Fourastié über die postindustrielle Gesellschaft nachgedacht. Seine Ausarbeitung, obgleich nur Clark referierend, nahm

⁶⁵ Zur Wirkungsgeschichte Fourastiés, insbesondere seiner Vermittlung über Burkhard Lutz' deutsche Übersetzung, vgl. Rüdiger Hohls, Über die Werkbank zur tertiären Zivilisation, in: Themenportal Europäische Geschichte (2006), URL: <http://www.europa.clio-online.de/2006/Article=121> (Zugriff am 17. 12. 2010).

⁶⁶ Zur wirtschaftswissenschaftlichen Dogmengeschichte in Westdeutschland vgl. Alexander Nützenadel, Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1959–1974, Göttingen 2005.

⁶⁷ Vgl. ebenda, S. 72 f.

⁶⁸ Vgl. Bell, *Coming of Postindustrial Society*, dt. als *Die nachindustrielle Gesellschaft*, Frankfurt a. M./New York ²1979 (Verweise fortan nach der deutschen Fassung). Zu Bells frühen Überlegungen vgl. Malcolm Waters, Daniel Bell, London 1996, S. 106.

deutliche Anleihen auch bei Fourastié – insbesondere die Betonung der Technologie als Antriebskraft auf dem Weg in die „Dienstleistungswirtschaft“ (nicht: „Dienstleistungsgesellschaft“⁶⁹) und die Wahl von Produktivitätsunterschieden als Sektorenkriterium – sowie bei Fisher, dessen Verständnis von Wissen und Bildung als zentrale Ressourcen einer tertiarisierten Ökonomie Bell teilte. Ferner nahm er die von Fishers Kritikern entwickelte und davor bereits bei Eckler umrissene Feingliederung des dritten Sektors in einen tertiären (Handel, Finanzwesen, Versicherung, Immobilien), quartären (Transport und Versorgungswirtschaft) sowie einen quintären (staatliche Dienstleistungen und Freizeit) Sektor auf⁷⁰.

Fourastié hatte dies vor ihm mehr angedeutet als ausgeführt, holte aber nun zeitgleich zu einem zweiten Wurf aus und legte mit *Les Trente Glorieuses* einen weiteren Zitationsklassiker vor. Darin verifizierte er seine drei Jahrzehnte zuvor gemachte Prognose und rief zugleich das Ende der fetten Jahre aus. Im Zeitalter der vom *Club of Rome* unter großer öffentlicher Resonanz verkündeten „Grenzen des Wachstums“ und einer scheinbar erodierenden internationalen Kooperationsbereitschaft in Währungs- und Handelspolitik prognostizierte Fourastié nun, das restliche 20. Jahrhundert werde große Probleme mit sich bringen und keinen Anlass zu großen Hoffnungen geben⁷¹. Darin lag zugleich der wichtigste Unterschied zu Bell. Die krisenhafte Form, die das neue Zeitalter in den Augen des französischen Sozialwissenschaftlers annahm, fiel weit schärfer aus als bei seinem amerikanischen Kollegen. Dass auch Bells Prognose vielfach ähnlich düstere Assoziationen weckte und gleichsam von Fourastiés Interpretation überformt wurde, reflektierte nicht nur die oftmals flüchtige Lektüre, sondern auch die realwirtschaftlichen Unterschiede: Während die westeuropäischen Volkswirtschaften nach 1973 eine lange Phase stark steigender Arbeitslosigkeit verzeichneten – im Durchschnitt der europäischen OECD-Länder schnellte die Quote bis 1986 von drei auf elf Prozent –, verzeichneten die USA (ebenso wie Japan) im selben Zeitraum einen bloß moderaten Anstieg von einem bis zwei Prozent⁷².

⁶⁹ Bell, dem der Begriff regelmäßig zugeschrieben wird, sprach abseits des Titels nicht von einer Dienstleistungsgesellschaft, sondern von einer Dienstleistungswirtschaft, was jedoch im deutschen Index falsch wiedergegeben wurde. Offenkundig hatte der Begriff im deutschen Sprachgebrauch zu diesem Zeitpunkt bereits ein Eigenleben entwickelt; er findet sich auch in: Alain Tourraine, *Die postindustrielle Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 1972, S. 67f., im französischen Original aber wiederum nur im Titel, nicht im Text (vgl. ders., *La société post-industrielle*, Paris 1969, S. 88). Auch Petzina konstatierte schon 1969 unter Rekurs auf das Drei-Sektoren-Modell, jedoch ohne Quellenverweise, „daß allmählich der Übergang von der Industriegesellschaft zu einer postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft stattfindet, dessen Auswirkungen auf die heute dominierenden industriellen Verhaltensweisen noch nicht abzusehen sind“. Dietmar Petzina, *Materialien zum sozialen und wirtschaftlichen Wandel in Deutschland seit dem Ende des 19. Jahrhunderts*, in: VfZ 17 (1969), S. 308–338, hier S. 330.

⁷⁰ Vgl. Bell, *Gesellschaft*, S. 32f., S. 80f. u. S. 133–143.

⁷¹ Vgl. Jean Fourastié, *Les Trente Glorieuses ou la Révolution invisible de 1946 à 1975*, édition revue et mise à jour, Paris 1979, S. 28, S. 79–99, S. 183 u. S. 232–255.

⁷² Vgl. Andrew Glyn/Bob Rowthorn, *West European Unemployment: Corporatism and Structural Change*, in: *American Economic Review* 78 (1988), Nr. 2, S. 194–199. Die US-Arbeitslosenquote erreichte zwischenzeitlich ähnliche Dimensionen, fiel dann jedoch rascher als in Westeuropa.

Die westdeutsche Diskussion über den Übergang in eine „postindustrielle Gesellschaft“, die Mitte der 1970er Jahre politisch und publizistisch Fahrt aufnahm, wurde geprägt von dieser Verbindung von „Strukturwandel“ und Arbeitsmarkt, die in den 1930er Jahren bereits Beveridge umgetrieben hatte. So wenig auch die Bonner Wirtschaftspolitik – nicht zuletzt eingedenk des Niederganges des Ruhrbergbaus – geneigt war, offiziell das Ende des Booms zu erklären, so sehr stellte sich doch seit den späten 1970er Jahren eine neue Sensibilität für Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur ein. Auch der Sachverständigenrat, der den sektoralen Wandel lange als beschäftigungsneutral, wenn nicht gar -förderlich bewertet hatte, konzidierte 1976 einen direkten Zusammenhang zwischen Strukturwandel und dauerhafter Massenarbeitslosigkeit⁷³. Zur wirtschaftspolitischen Trendwende trug bei, dass die Studien von Bell und Fourastié aus den 1970er Jahren, ergänzt um dem Titel nach vergleichbare, inhaltlich indes eine andere Richtung nehmende Bände wie Alain Touraines *La Société post-industrielle*⁷⁴, am Beginn einer neuerlichen Konjunktur von Deutungen des Strukturwandels standen⁷⁵. Diese umfasste sowohl kritische Gegenstimmen, etwa von Jonathan Gershuny, als auch verwandte oder auf Bell aufbauende Überlegungen wie jene Claus Offes und Ulrich Becks⁷⁶. Insbesondere die Verbindung von Strukturwandel und Arbeitsgesellschaft dominierte dabei die (bundesdeutsche) Debatte.

Von dieser Hochkonjunktur blieb, im Unterschied zur ersten Welle der 1930er Jahre, als eine Sozialgeschichte im heutigen Sinne noch in ihren Anfängen gestanden hatte, auch die historische Forschung nicht unbeeindruckt. Zwar war die statistische Unterteilung der Erwerbstätigen in drei Sektoren in den einschlägigen Handbüchern und Überblicken längst angekommen⁷⁷, aber das Konzept des Strukturwandels hatte bis dahin interpretatorisch nicht im Vordergrund gestanden. Die einflussreichsten deutschsprachigen Texte, die sich des Begriffs bis dato bedient hatten, um Struktur und Ereignis zu scheiden, wie jene Otto Brun-

⁷³ Vgl. Tim Schanetzky, Aporien der Verwissenschaftlichung. Sachverständigenrat und wirtschaftlicher Strukturwandel in der Bundesrepublik 1974–1988, in: Archiv für Sozialgeschichte 50 (2010), S. 153–167, hier S. 157f.; vgl. auch Georg Altmann, Aktive Arbeitsmarktpolitik. Entstehung und Wirkung eines Reformkonzepts in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 2004, S. 192–216.

⁷⁴ Vgl. Alain Touraine, *La Société post-industrielle. Naissance d'une société*, Paris 1969.

⁷⁵ Vgl. die Datensätze für „Strukturwandel“ bei http://ngrams.googlelabs.com/graph?content=Strukturwandel&year_start=1900&year_end=2000&corpus=8&smoothing=3 sowie für „structural change“: http://ngrams.googlelabs.com/graph?content=structural+change&year_start=1900&year_end=2000&corpus=0&smoothing=3 (Zugriff am 29. 12. 2010).

⁷⁶ Vgl. Jonathan J. Gershuny, *Die Ökonomie der nachindustriellen Gesellschaft. Produktion und Verbrauch von Dienstleistungen*, Frankfurt a. M./New York 1981; ders., *The New Service Economy. The Transformation of Employment in Industrial Societies*, London 1983; *Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982*, hrsg. im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Soziologie von Joachim Matthes, Frankfurt a. M./New York 1983; Claus Offe (Hrsg.), „Arbeitsgesellschaft“. Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Frankfurt a. M. 1984.

⁷⁷ Vgl. etwa Karl Hardach, *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, Göttingen³ 1993, S. 249 u. S. 255; Knut Borchardt, *Grundriß der deutschen Wirtschaftsgeschichte*, 2., verb. Auflage, Göttingen 1985, S. 92f.

ners und Werner Conzes, hatten gerade nicht auf den sektoralen Wandel gezielt⁷⁸. Nennenswerte Ausnahmen wie einzelne Artikel zur Hochindustrialisierung beziehungsweise zum Verhältnis von Handwerk und Industrie von Karl E. Born und Wolfram Fischer bestätigten die Regel⁷⁹.

An dieser geringen Prominenz des Begriffs änderten erst die großen zeithistorischen Darstellungen etwas, die seit Mitte der 1980er Jahre und bis in die unmittelbare Gegenwart erschienen und „Strukturwandel“ zu einem zentralen Interpretament erhoben. Herman van der Wees abschließender Band der von Wolfram Fischer herausgegebenen *Geschichte der Weltwirtschaft* führte den Strukturwandel bereits programmatisch im Titel und ließ mit ihm die Nachkriegsprosperität enden. So verfuhr auch Eric Hobsbawm, dessen wegweisendes *Age of Extremes* Fournastiés wehmütige Wendung von den *Trente Glorieuses* zitierte und ein *Golden Age* entwarf, an das sich Anfang der 1970er Jahre *The Crisis Decades* angeschlossen hätten⁸⁰. Wachsender internationaler Wettbewerb, technologisch bedingte Produktivitätssteigerungen, veränderte Konsummuster sowie strukturelle Arbeitslosigkeit firmierten als Gründe für eine Krise, die sich als Konjunkturdelle nicht ausreichend erklären ließ und die mit dem Zusammenbruch der internationalen Wirtschaftsordnung von Bretton Woods korreliert wurde. Das Modell eines gleichsam allumfassenden Strukturwandels als sektoraler Wandel bot sich dabei als naheliegendes Deutungsmuster an und wurde rasch aufgegriffen, indes nicht im „ökonomischen Original“, sondern in der soziologischen Adaption.

Diese enge Anlehnung ist für die zeitnahen Überblicksdarstellungen nicht überraschend, da historisch-empirische Forschungen nicht verfügbar waren, wohl aber die griffigen und tagesaktuellen Analysen der sozialwissenschaftlichen Kollegen. Auch in den folgenden zwanzig Jahren änderte sich an dieser engen Bezugnahme und der fast vollständigen Ausklammerung des ideengeschichtlichen Hintergrundes der entlehnten Konzepte wenig. Bereits die flüchtige Durchsicht

⁷⁸ Vgl. Otto Brunner, *Neue Wege der Sozialgeschichte*, Göttingen 1956, S. 38, S. 41 u. S. 56; Werner Conzes Rezension von Gerhard Leibholz, *Der Strukturwandel der modernen Demokratie*. Vortrag, gehalten in der Juristischen Studiengesellschaft in Karlsruhe am 30. April 1952, Karlsruhe 1952, in: *Historische Zeitschrift* 176 (1953), S. 436; Jin-Sung Chun, *Das Bild der Moderne in der Nachkriegszeit. Die westdeutsche „Strukturgeschichte“ im Spannungsfeld von Modernitätskritik und wissenschaftlicher Innovation, 1948–1952*, München 2000, S. 91, S. 99 f. u. S. 232; Thomas Etzemüller, *Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 2001, S. 97 u. S. 210.

⁷⁹ Vgl. Karl E. Born, *Der soziale und wirtschaftliche Strukturwandel Deutschlands am Ende des 19. Jahrhunderts*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* (1963), S. 361–376; Wolfram Fischer, *Das deutsche Handwerk im Strukturwandel des 20. Jahrhunderts*, in: Ders., *Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung: Aufsätze, Studien, Vorträge*, Göttingen 1972, S. 349–357; Petzina, *Materialien zum sozialen und wirtschaftlichen Wandel*, S. 308–338, sowie James J. Sheehan, *Germany, 1890–1918: A Survey of Recent Research*, in: *Central European History* 1 (1968), S. 345–372, besonders S. 346.

⁸⁰ Vgl. Herman van der Wee, *Der gebremste Wohlstand. Wiederaufbau, Wachstum, Strukturwandel 1945–1980*. München 1984; Eric Hobsbawm, *Age of Extremes. The Short Twentieth Century*, London 1995, S. 258, ebenso Tony Judt, *Postwar. A History of Europe since 1945*, London 2007, S. 453.

jüngerer Gesamtdarstellungen und Einführungen zur deutschen Zeitgeschichte zeigt zweierlei⁸¹: Zum einen kommt kaum eine Monographie ohne den Rekurs auf den „Strukturwandel“ aus, der dabei durchweg als sektoraler Wandel verstanden wird und den Übergang von der Industrie- in die Dienstleistungsgesellschaft beschreiben soll. Zum anderen werden nahezu unisono und ausschließlich die Arbeiten von Bell und Fourastié rezipiert, Clark allenfalls mittelbar, und die wirtschaftswissenschaftlichen Kritikpunkte, Umbau- und Alternativvorschläge ignoriert. Dies führt fast stets dazu, dass der empirische Nachweis des Strukturwandels über die Beschäftigungs- bzw. die Bruttowertschöpfungsanteile einzelner Wirtschaftsbereiche erfolgt, um so den Übergang von einer mehrheitlich industriell tätigen Erwerbsbevölkerung zu einer Majorität von Dienstleistern zu dokumentieren. Die klassische Dreiteilung wird dabei ebenso reproduziert wie der Verweis auf die steigende Bedeutung von Wissenschaft und Technologie sowie die Tertiärisierung des sekundären Sektors⁸².

Allerdings übernimmt kaum ein Autor das Modell ohne die salvatorische Klausel, der Begriff der Dienstleistungsgesellschaft sei nicht gehaltvoll genug, um als tragfähiges Interpretament zu dienen, da er ökonomische mit gesellschaftlichen Veränderungen identifiziere und insofern vereinfache⁸³. Auch der Verweis auf die inkonsistenten Sektorengrenzen gehört zum Repertoire⁸⁴. Dessen ungeachtet bedienen sich aber praktisch alle hier berücksichtigten Arbeiten des Kunstgriffs, das

⁸¹ In der britischen Historiographie spielt ein spezifischer ökonomischer Strukturwandel zwar eine prominente Rolle, geht aber im Narrativ des allgemeinen *decline* nach 1945 auf; vgl. etwa Kenneth O. Morgan, *Britain since 1945. The People's Peace*, 3., erw. Aufl. Oxford 2001; bei Derek H. Aldcroft, *The European Economy 1914–2000. With the assistance of Steven Morewood*, London 2001, wird sektoraler Wandel nur am Rande verhandelt; vgl. auch Anthony Sutcliffe, *An Economic and Social History of Western Europe since 1945*, London/New York 1996, wo der Niedergang der britischen Industrie eher Symptom als Ursache der Krise ist, sowie die Analyse bei Jim Tomlinson, *The Politics of Decline: Understanding Post-war Britain*, London 2000.

⁸² Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 5: Bundesrepublik und DDR 1949–1990, München 2008, S. 63; Axel Schildt, *Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90*, München 2007, S. 30; Werner Abelshäuser, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945*, München 2004, S. 302–314; Andreas Wirsching, *Abschied vom Provisorium*, München 2006, S. 439; Kaelble, *Sozialgeschichte*, S. 70 u. S. 81; Edgar Wolfrum, *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2006, S. 148 u. S. 241; Manfred Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 597f. u. S. 600.

⁸³ Vgl. Andreas Rödder, *Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990*, München 2004, S. 176; Schildt, *Sozialgeschichte*, S. 83; Wolfrum, *Geglückte Demokratie*, S. 425f. Wirsching, *Abschied*, S. 229–234, verzichtet dezidiert auf die Diskussion der theoretischen Validität des Sektorenmodells, differenziert aber in der Auswertung des statistischen Materials.

⁸⁴ Vgl. zuletzt vor allem die Hinweise bei André Steiner, *Bundesrepublik und DDR in der Doppelkrise europäischer Industriegesellschaften. Zum sozialökonomischen Wandel in den siebziger Jahren*, in: *Zeithistorische Forschungen* 3 (2006), S. 342–362, sowie ders., *Die siebziger Jahre als Kristallisationspunkt des wirtschaftlichen Strukturwandels in West und Ost?*, in: Jarausch (Hrsg.), *Ende der Zuversicht*, S. 21–38, hier S. 29f.; vgl. auch Gerold Ambrosius, *Sektoraler Wandel und internationale Verflechtung: Die bundesdeutsche Wirtschaft im*

Konzept in der Diskussion des Forschungsstandes zunächst zu kritisieren und den eigenen Ansatz davon zu distanzieren, um dann in der Darstellung gleichwohl die Leitbegriffe vom Strukturwandel und der Dienstleistungsgesellschaft zu nutzen, mit denen der Übergang von der Nachkriegsprosperität in die Phase „nach dem Boom“ erklärt wird⁸⁵.

Damit fügt sich die zeithistorische Adaptionform des Strukturwandelkonzepts in das bereits skizzierte Bild des Umganges mit theoretischen Metonymien: Deren Grenzen werden zwar bisweilen reflektiert, von ihrer Anwendung als einfache Beschreibungskategorien wird jedoch nicht abgesehen. Auch für die bereits diskutierte Adaption der Wertewandelforschung lässt sich beobachten, dass deren Methoden oft zuerst in Frage gestellt, ihre Ergebnisse dann aber doch unter dem Schirm der Reflexion genutzt werden⁸⁶. Alternativ wird, wie im Fall der „Dienstleistungsgesellschaft“, die Darstellung abschließend relativiert und die Bewertung der entlehnten Topoi mit Hilfe von empirisch kaum konkretisierten und unscharfen Begriffsneuschöpfungen wie „Hyperindustrialisierung“, „digitaler Finanzmarktkapitalismus“ oder damit unverbundenen Kategorien wie „Wohlstandsgesellschaft“ mehr umgangen als gelöst⁸⁷. Hinzu kommt dann nicht selten die rhetorische Kompression einer hochdiversen Sammlung von Ereignissen und Entwicklungen auf engem Raum – z. B. die Ölpreisschocks, der Zusammenbruch von Bretton Woods, die Überkapazitätskrise der Stahlindustrie, technologische Innovationen, der dogmatische Siegeszug des Monetarismus etc. –, die als verschiedene, aber zusammengehörige Facetten eines einzigen, großen, wirtschaftlichen Strukturwandels erscheinen, dessen Zusammenhänge und Dynamiken dadurch indes nicht klarer, sondern im Gegenteil in der Blackbox des abstrakten Begriffs verborgen werden⁸⁸.

Angesichts der Tatsache, dass das Drei-Sektoren-Modell und das Theorem des Strukturwandels vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise der späten 1920er und 1930er Jahre ausgearbeitet wurden, überrascht die Vernachlässigung des skizzierten Entstehungskontextes der Konzepte in der Historiographie. Dabei ließe sich gerade hier prüfen, welche Erklärungskraft die Theorien für die empirisch gut erforschte Depression der Zwischenkriegszeit haben. So könnten ihr heuristischer Gehalt bestimmt oder zumindest aufschlussreiche Vergleichsmöglichkeiten zwischen beiden Phasen eröffnet werden, sowohl auf der Ebene der

Übergang zu einem neuen Strukturmuster, in: Raitchel/Rödder/Wirsching (Hrsg.), *Auf dem Weg in eine neue Moderne?*, S. 17–30.

⁸⁵ So verfahren Wehler, *Gesellschaftsgeschichte*, S. 63, S. 160, S. 208 u. S. 212; Wolfrum, *Geglückte Demokratie*, S. 425 f. u. S. 504; Rödder, *Bundesrepublik*, S. 12 u. S. 176, Schildt, *Sozialgeschichte*, S. 30, S. 56 u. S. 83.

⁸⁶ Vgl. z. B. Sander, *Wertewandel*, S. 104 u. S. 117 f.

⁸⁷ Zitate in: Wolfrum, *Geglückte Demokratie*, S. 426, Abelshausen, *Wirtschaftsgeschichte*, S. 314, Wolfrum, S. 425 f., und Doering-Manteuffel/Raphael, *Nach dem Boom*, S. 9 u. S. 83.

⁸⁸ So in: Ebenda, S. 34–41, bei Stefan Goch, *Eine Region im Kampf mit dem Strukturwandel. Bewältigung von Strukturwandel und Strukturpolitik im Ruhrgebiet*, Essen 2002, S. 16 f., und ebenso bei Kim Christian Priemel, *Industrieunternehmen, Strukturwandel und Rezession. Die Krise des Flick-Konzerns in den siebziger Jahren*, in: *VfZ* 57 (2009), S. 1–31.

Krisengründe und -erscheinungen als auch auf der reflexiven Ebene ihrer Perception. Zugleich gälte es, die zugrundeliegenden modernisierungstheoretischen und im Kern normativen Annahmen des Modells mit zu bedenken, was – anders als etwa bei Rostows Stufentheorie – bislang kaum geschehen ist. Darüber hinaus wäre die sprachliche und visuelle Konstruktion von Wirtschaft in (drei) Sektoren aufzuschließen, anstatt die bildhafte Schematisierung und das damit transportierte Ordnungsgefüge unhinterfragt zu übernehmen⁸⁹. Und schließlich wären, wie bereits angedeutet, die normativen – sei es politischen, sei es binnenwissenschaftlichen – Interessen der Sozialwissenschaftler zu beleuchten, welche die Konzepte in den 1970er Jahren popularisierten.

Bei einem solchen Unterfangen würde die Analyse der Begriffsgenese wie auch der zeitgenössischen Debatten gute Dienste leisten. Dass sich die geschichtswissenschaftliche Kritik zur Jahrtausendwende im Wesentlichen an Schwachpunkten festmacht, die partiell schon von den Urhebern selbst formuliert worden sind, namentlich den Zuordnungs- und Abgrenzungsschwierigkeiten oder der Parallelität und Reziprozität von inter- und intrasektorialem Wandel, ist wenig originell, und zwar umso mehr, als zentrale, vor allem von Ökonomen formulierte Monita übersehen werden und die Zeitgeschichte hier nicht selten hinter die Differenzierungsleistung der Nachbardisziplinen zurückfällt⁹⁰. Ähnliches gilt für die wohlfeile Kritik am Topos der Dienstleistungsgesellschaft und der Gleichsetzung von ökonomischem und sozialem Wandel. Hier würde bereits ein Blick in den als Bezugspunkt dienenden Band Daniel Bells genügen, um festzustellen, dass er eben diese Identität nicht behauptet⁹¹.

Für die Übernahme insbesondere wirtschaftswissenschaftlicher Konzepte heißt dies zweierlei: Zum einen gilt es, die Konstruktion ökonomischer Praxis in Formelbegriffen wie „Sektoren“ und „Strukturwandel“ nicht mit der Praxis selbst zu verwechseln, sondern vielmehr danach zu fragen, mit welchen Absichten und Implikationen diese (und nicht andere) Konzepte gewählt wurden. Eine begriffsgeschichtliche Nachlese macht diese Entstehungsbedingungen wie auch ihre Verformungen sichtbar, ohne dabei eine weitere „richtige“ Begriffsbenutzung zu begründen. Nicht minder wichtig ist zum anderen, dass die Übersetzungsleistung etwa der Soziologen, die mit der Verarbeitung komplexer Datensätze meist methodisch vertrauter sind und zudem die Ergebnisse oft, wenngleich nicht immer, in prägnanter sprachlicher Form anbieten, zwar genutzt werden kann, ihre eigenen Adaptionsbedingungen und -interessen jedoch nicht einfach ausgeblendet werden sollten. Dies hieße, in die historische Analyse einen geliehenen Filter einzubauen, dessen Durchlässigkeitskriterien nur bedingt nachvollziehbar und insbesondere nicht beeinflussbar sind. Insofern handelt es sich hier um ein nach-

⁸⁹ So auch die Forderung von Schanetzky, *Aporien*, S. 153 u. S. 155.

⁹⁰ Ausnahmen finden sich vor allem unter stärker ökonomisch orientierten Wirtschaftshistorikern, etwa Toni Pierenkemper, *Wirtschaftsgeschichte. Die Entstehung der modernen Volkswirtschaft*, Berlin 2009, S. 138f. u. S. 143; Harm G. Schröter, *Von der Teilung zur Wiedervereinigung (1945–2004)*, in: Michael North (Hrsg.), *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick*, 2., völlig überarb. u. akt. Auflage, München 2005, S. 356–426.

⁹¹ Vgl. Anm. 70 und Waters, *Daniel Bell*, S. 108 u. S. 121.

gerade klassisches Problem mangelnder Quellenkritik, wenn Historiker zu stark auf Ableitungen erster und zweiter Ordnung vertrauen, statt das zu leisten, was sie am besten können: eine inhaltlich wie zeitlich breite, historisch-genetisch vorgehende und kontextualisierende Analyse.

Eine solche ist umso mehr gefragt, als im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts ein bemerkenswertes Missverhältnis von genuiner historischer Forschung und synthetisierenden Gesamtdarstellungen zu beobachten ist. Da bislang erst wenige empirische Arbeiten vorliegen, greifen die zahlreichen Überblicksdarstellungen auf zeitgenössische sozialwissenschaftliche Literatur zurück, die jedoch nicht zuletzt wegen ihres prognostischen Charakters historisch-empirische Studien nicht ersetzen kann. Die irritierende Konstellation, dass die zeithistorische Erforschung der jüngeren Vergangenheit sich in Begriffen und Konzepten einer sozialwissenschaftlichen Perspektive bedient, für welche diese Vergangenheit noch Zukunft war, wird indes erstaunlich selten reflektiert.

Im Fall der jüngsten Zeitgeschichtsschreibung und ihrer Annäherung an das Phänomen des „Strukturwandels“ hat das Versäumnis, diesen methodischen Anforderungen gerecht zu werden, dazu geführt, dass – etwas überspitzt gesagt – die historischen Darstellungen kaum einen substantiellen Mehrwert zum Diskussionsstand der Nachbardisziplinen der 1950er und 1970er Jahre bieten – und in ihrer konzeptionellen Schärfe hinter dem Aufsatz von Ross Eckler aus dem Jahr 1930 mit seinen skrupulösen Abwägungen zurückbleiben. Dies liegt zuvorderst am verbreiteten Missverständnis, „Strukturwandel“ nicht als Anamnese, sondern als Diagnose zu begreifen⁹². Zu bestimmen wäre aber, was der Strukturbegriff bezeichnet, welche Strukturen sich wandeln und wie dieser Wandel *jeweils* strukturiert ist. Um also die Blackbox „Strukturwandel“ für das Teilsystem Wirtschaft aufzuschließen, bedarf es – unter Anerkennung der generierten Partikularität der Erkenntnisse – der Untersuchung von Berufen und Tätigkeiten, von Branchen und Unternehmen, von Eigentumsverhältnissen und Organisationsmodellen, von Produktionsweisen und Produkten, von Technologien und Konsummustern. Hier, und nicht in Sektoren, deren gemeinsamer Nenner theoretisch kaum reflektiert und empirisch leicht auszuhebeln ist, lässt sich prüfen, ob, wann und wo für wen Umbrüche welcher Art erfolgten. Derartige, den Untersuchungsgegenstand klar benennende und nicht mit vorgestanzten Modellen verdeckende Analysen würden Kategorien wie „Sektoren“ und „Tertiarisierung“ ebenso verzichtbar machen wie Neologismen von zweifelhaftem Gehalt und unklarer Bedeutung wie „Hyperindustrialisierung“, „Industriemoderne“ oder „digitaler Finanzmarktkapitalismus“.

⁹² Vgl. aber den zutreffenden Hinweis, Strukturwandelphänomene als Indikatoren, nicht als Erklärungen zu verstehen, bei Rainer Metz, Säkulare Trends der deutschen Wirtschaft, in: North (Hrsg.), Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 427–500, hier S. 482.

5. Fazit: Historisierung und Pluralisierung, Theorie- und Selbstreflexion

Modelle und Theorien der Sozialwissenschaften haben vielfach prognostischen Charakter, der in der Terminologie des Danach – „*afterhegemony*“ oder „*postindustrielle Gesellschaft*“ – zum Ausdruck kommt. Bei der Verwendung solcher Theorien zur zeithistorischen Analyse wirft diese temporale Struktur methodische und forschungspraktische Probleme auf: Zeithistoriker befinden sich in demselben Zukunftshorizont wie die Schöpfer der Theorien, auf die sie zurückgreifen, und können hier meist noch mit eben jenen Sozialwissenschaftlern kooperieren, die damit beschäftigt sind, ihren Theorien im von ihnen prognostizierten Zeitrahmen zur empirischen Bestätigung zu verhelfen. Auch wenn die hier diskutierten Probleme der interdisziplinären Forschungsrezeption mitnichten exklusiv für die Zeitgeschichte gelten, betreffen sie diese doch in besonderem Maße. Grund dafür ist nicht so sehr ein Mangel an emotionaler Distanz und Nüchternheit, die Hans Rothfels in seinem klassischen Text einforderte, sondern vielmehr die fehlende intellektuelle Fremdheitserfahrung bei der Sichtung sozialwissenschaftlicher Studien. Ihre epistemische Nähe zu jenen Nachbardisziplinen, deren theoretische Zugänge sie entlehnt und deren empirische Ergebnisse sie als Quellen verarbeitet, stellt die Zeitgeschichte in dieser Hinsicht vor größere Herausforderungen. Den unbequemen Schritt zurückzutreten, um die wirklichkeitskonstituierende Wirkung sozialwissenschaftlicher Analysen zu reflektieren und diese als Quelle, nicht als Darstellung zu lesen, ist die zentrale Anforderung an unsere Disziplin. Dieser muss sie sich stellen, auch wenn sie die grundlegenden Prämissen sozialwissenschaftlicher Studien vielleicht teilt und es arbeitspraktisch leichter wäre, sie stillschweigend zu übernehmen.

Diese elementare Historisierungsleistung – im Universitätsreformjargon die Kernkompetenz von Historikerinnen und Historikern – kann durch die Aufschlüsselung der zeitgenössischen Denk- und Diskussionszusammenhänge geleistet werden, in denen die sozialwissenschaftlichen Theorien und Datensätze entstanden. Die klassische Operation der Historisierung ist indes nur eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für den angemessenen Umgang mit sozialwissenschaftlicher Forschung in der Zeitgeschichte. Über die Analyse der sozialen und politischen Entstehungsbedingungen von Theorie und Empirie hinaus muss auch ihre Wirkung auf unsere eigenen Formen der Weltaneignung abgeschätzt werden, um nicht in ihren Denkmustern zu verbleiben, sondern eine eigenständige Perspektive auf die jüngste Vergangenheit zu erlangen. Es geht also nicht um die Rückkehr zum angeblich voraussetzungslosen, historistischen Schauen und Zeigen, sondern im Gegenteil um eine intensivere Reflexion der theoretischen Voraussetzungen geschichtswissenschaftlicher Arbeit. Wie kann dies gelingen? Was müssen wir tun, um weder vor den Nachbardisziplinen zu kapitulieren noch ihre Ergebnisse schlicht zu rekapitulieren? Was also können Historikerinnen und Historiker, was nur sie können?

Zunächst reicht es nicht aus, sich auf wenige Autoren oder große, schon zeitgenössisch als Leitbegriffe identifizierte Metonymien wie „Risikogesellschaft“, „zweite“ oder „Postmoderne“, „postindustrielle Gesellschaft“, „Globalisierung“, „Netz-

werkgesellschaft“ oder ähnliche vermeintlich „wissenschaftlich kontrollierte, besonders aussagekräftige Darstellungen“ der zeitgenössischen Entwicklungstendenzen zu konzentrieren. Um die Übernahme partikularer Urteile zu vermeiden, aber ebenso um überhaupt festzustellen, ob und warum bestimmte Darstellungen besondere Überzeugungskraft erlangten, ist es vielmehr notwendig, stets die Vielfalt der zeitgenössischen Theoriebildung ebenso wie ihre jeweiligen politischen Implikationen im Blick zu behalten. Dies bedeutet auch, die innerdisziplinären Debatten zu rezipieren und nicht aus der jeweiligen Forschungsdiskussion auszuweichen, sobald ein historiographisch einsatz- oder auch nur labelfähiger Begriff gefunden ist.

Auf diese Weise entsteht keine Objektivität, sondern stets eine neue Partikularität. Doch nur über die konsequente Behandlung sozialwissenschaftlicher Gegenwartsdiaagnosen als Quellen und nicht als Darstellungen werden diese als Teil ihres jeweiligen Diskurskontextes ernst genommen. Eben dieser historische Außenblick auf die Fragen und Erwartungen, Methoden und Theorien, Ergebnisse und Thesen nicht nur einer, sondern möglichst immer mehrerer Nachbardisziplinen konstituiert eine genuine disziplinäre Identität, die das Fach Zeitgeschichte rechtfertigen kann. Dies ist nicht nur eine lästige, mitunter mühsame Pflicht, sondern auch ein Privileg der (zeit)historischen Forschung, die nicht so stark an bestimmte theoretische Vorannahmen gebunden ist wie die Nachbarfächer. Die Geschichtswissenschaft kann auch deshalb über die Erkenntnisse ihrer Nachbarn hinausgehen, weil sie sich nicht nur der Theorien eines Faches, sondern mehrerer Fächer bedienen und so verschiedene Weisen der Weltdeutung miteinander korrelieren kann, um ihre wirklichkeitskonstituierende Funktion sichtbar zu machen. Dies zu tun, verspricht mehr Erkenntnisgewinn als das Ausmalen der Ergebnisse eines angeblich „seismographisch“ begabten oder auch nur besonders sympathischen Zeitgenossen aus den Nachbardisziplinen mit bunten Quellenfunden.

Schließlich kann die Zeitgeschichte – wie die übrigen historischen Disziplinen auch – aktiver an den Theoriediskussionen mitwirken. Sie sollte sich nicht als Datensteinbruch verstehen – oder verstanden werden –, mit dessen Ressourcen bereits konstruierte Theoriegebäude untermauert werden können. Vielmehr ist es Aufgabe zeithistorischer Forschung, sich mit konstruktiver Skepsis in theoretische Debatten einzubringen und damit die Architektur großer Theoriegebäude selbst zu beeinflussen, ins Wanken oder vielleicht gar zum Einsturz zu bringen. Als Experten für Heterogenität, Kontingenz, Partikularität und Ambivalenz können das nicht nur Historikerinnen und Historiker, aber sie können es vielleicht besonders gut. Zugleich liegt darin ein beträchtliches Potential, Studierende zu gewinnen, die sich bei der Wahl ihres Faches die Frage stellen, warum sie Zeitgeschichte und nicht eine oder mehrere Sozialwissenschaften studieren sollen – und in den einschlägigen Einführungen darauf keine befriedigende Antwort finden. Dies wird nicht gelingen, wenn die Disziplin sich ihnen als eine Kopie der theorieaffinen Nachbarfächer präsentiert, wohl aber dann, wenn sie zeigen kann, dass, warum und wie sie über deren Theorien und Ergebnisse reflexiv hinausgeht.